3. Jahrgang / Nr. 2[illegible]

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1.50 Mk. für die Woche. 6.10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6.10 Mk. für den Monat.
Postscheckkonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H." Breslau.
Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Donnerstag, 10. November 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 Mk., auswärts 0.90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 Mk.
Reklame: Die Millimeterzeile, 8gespalten oder deren Raum im Text 3.— Mk.

Liquidation des 9. November.

A. Th. Die bekannten Sätze aus dem 18. Brumaire von K. Marx: . . . Proletarische Revolutionen dagegen, wie des 19. Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht und die Verhältnisse selbst rufen: „Hic Rhodus, hic salta!" Hier ist Rhodus, hier springe!" — Diese bekannten, aber in ihrer Tiefe noch wenig erkannten Sätze scheinen dem heutigen Tage, dem 3. Jahrestag der deutschen Revolution, auf den Leib geschrieben. Nur Hohlköpfe und Betrüger können sich an diesem Tag in den Nebel der revolutionären Phrase hüllen. Der Tag selbst, der 9. November 1921, ist eine grausam-gründliche Verhöhnung, nicht der Revolution, aber der „Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche", des 9. November 1918. Es ist gegenrevolutionär, sie zu vertuschen; es ist revolutionär, sie unerbittlich klar auszusprechen. In Thüringen, Sachsen, Braunschweig, wo „rein-sozialistische Regierungen" gebieten, wird der 9. November durch Arbeitsruhe gefeiert. Das Berliner Proletariat wird an diesem Tag seinen Ausbeutern den regulären Frondienst leisten, und es wird allenfalls am Abend, nach der Fronarbeit, der Revolution in Worten gedenken. Die Berliner Revolutionsfeier, nicht die in den Kasernen Thüringen, Sachsen, Braunschweig, entspricht dem wahren Stand der Dinge, drückt angemessen die Lage der Revolution aus. Berlin drückt den allgemeinen und gegenwärtigen Stand der Revolution im Reich aus, gemessen an dem Maßstab der Sozialdemokratie. Sachsen, Thüringen, Braunschweig sind lokale Erscheinungen und — Zukunft.

So stellt der 9. November 1921 den 9. November 1918 vollkommen klar. Die halbe Revolution, die Revolution in den Schranken der bürgerlichen Demokratie und der kapitalistischen Ausbeuterordnung hat sich vollkommen ad absurdum geführt. Nichts ist übrig als die knallende Sklavenpeitsche, nach der die Gräßen des 9. November willig im Kreise tanzen, der Judaslohn für die Führer das nackte Elend für die Massen. Die Ebertrepublik hat sich in die Stinnesdiktatur verwandelt. Wahrlich, der 9. November 1918 hat sich grausam-gründlich kritisiert. Der „scheinbar niedergeworfene Gegner" hat sich in der Tat riesenhaft wieder aufgerichtet. Die geschichtliche Dialektik arbeitet mit haarscharfer Präzision.

Sie arbeitet aber nach zwei Seiten. Sie hat in den Tatsachen, in der leiblichen Wirklichkeit des Proletariats die Liquidation der Illusionen, Halbheiten, Schwächen der bürgerlich-demokratischen Revolution gründlich herausgearbeitet. Sie bereitet damit in der einzig möglichen Weise den Umschlag in die zweite, die proletarisch-sozialistische Revolution vor, die die Aufgaben der ersten nebenbei löst, indem sie sie übergipfelt. Die Lage, wie sie am 9. November 1921 dasteht, zwingt das Proletariat, auch im Kopf, in seinem Bewußtsein die bürgerlich-demokratischen Illusionen und damit die Parteien, die die Träger dieser Illusionen sind, zu liquidieren. Aeußerlich stehen die Parteien der kleinbürgerlichen Demokratie, Sozialdemokratie und Zentrum noch mächtig da. Aber die Tatsachen des Lebens haben schon ihr Todesurteil gesprochen. Das Proletariat erblickt sich am 9. November am Rande eines unabsehbaren Abgrundes. Der Sturz der Mark schleudert es tiefer und tiefer. Nicht nur die sozialen Errungenschaften des 9. Novembers, des Achtstundentages, die Errungenschaften von zwei Menschenaltern gewerkschaftlich-parlamentarischen Kampfes, Streik- und Koalitionsrecht wanken unter seinen Füßen. Ueber seinem Haupt schwebt eine Lawine von Steuern. Und je wahnsinniger es im Dienste seiner Herren schuftet, um so schneller und gründlicher unterminiert es die Grundlage, auf der alles steht: die Wirtschaft. Was seine rastlosen Hände schaffen, strömt in die Kassen einer Handvoll Riesenkapitalisten und strömt durch sie ab ins Ausland.

Das innere Bild projiziert sich nach außen. Die nationale Schmach des 30jährigen Krieges ist wiedergekehrt. Vor 300 Jahren schieden sich die Territorialfürsten, die das deutsche Volk beherrschten, in Vasallen der oder jener Auslandsmacht. Die nationale Farbe der „Industriebarone" ist nicht schwarz-weiß-rot, sie ist die französische Trikolore oder der englische Union-Jack. Und es versteht sich, daß die Untervasallen dieser Vasallen sich in die Livree der Herren ihrer Herren kleiden. Das Rußland der Arbeiter und Bauern, obwohl hungernd, frierend und verlumpt, tritt frei und mächtig den Herren der Welt gegenüber. Das türkische Bauernvolk hat sich mit dem Schwert in der Faust den Lebensraum von Frankreich und England abgetrotzt. Das deutsche Volk, unter seinen „Industriebaronen", Bankkönigen und verkrachten Feldherren, ohne Massen, ohne Achtung, ja ohne Ehre, jähelklirrend mit der Lumpe, kriechend zur Landknechtsarbeit oder zum Schmiergeschäfte — das Deutschland der Stinnes und Ludendorff, der Wirth, Ebert und Breitscheid zählt weder unter den Mächten der Konterrevolution, noch der Revolution. Es versauft in einem schillernden Morast. —

Der 9. November 1921 gehört vollständig den Herren des 9. November 1918. Aber die Herren des 9. November gehören Lloyd George, Lloyd George und Stinnes. Der 9. November 1921 vernichtet sie.

Mit vollkommener Sicherheit sagen wir Kommunisten aus diesem 9. November voraus: Die nächsten Novembertage werden der Befreiung von den Illusionen des 9. November 1918 gehören und das heißt, sie werden im Zeichen der vordringenden proletarisch-sozialistischen Revolution und im Zeichen der die Massen erobernden Kommunismus stehen.

So gewiß der 9. November 1921 dem Tiefpunkt der demokratisch-bürgerlichen Revolution nahesteht, so gewiß steht er dem Wendepunkt nahe, von dem ab die aufsteigende Welle der proletarischen Revolution rechnen wird.

Sowjetrußlands Angebot.

Das Angebot Sowjetrußlands an die Ententeregierungen, unter ganz bestimmten Voraussetzungen die vom Zarismus gemachten Vorkriegsschulden anzuerkennen, ist nicht nur an die Adresse der kapitalistischen Regierungen gerichtet, es wendet sich ebenso an die Adresse der Arbeiter aller Länder.

Geantwortet haben die sozialdemokratischen und unabhängigen Parteiführer nur mit einem: mit einem wilden Triumphgeschrei, daß dieser Schritt beweise, daß der Bolschewismus mit diesem Schritt seinen Bankrott erkläre, und genau da angelangt sei, wo er nach den Prophezeiungen dieser weisen, vorsichtigen und der Bourgeoisie treu ergebenen menschewistischen Helden anlangen mußte.

Wir Kommunisten haben wiederholt der Arbeiterschaft die klaren und einleuchtenden Gründe auseinandergesetzt, warum der wirtschaftliche Aufbau in Sowjetrußland nur unter den größten Schwierigkeiten und nur sehr langsam geschehen kann.

Das Land, technisch und kulturell rückständig, das Proletariat eine Insel in einem ungeheuren Bauernmeer, Krieg und Bürgerkrieg ohne Aufhören, durch die Weltbourgeoisie aufgezwungen, und vor allem: abgeschnitten durch die Weltbourgeoisie von den ungeheuren Kräften der modernen, hochentwickelten Industrie. Das russische Proletariat hat Wunder verrichtet auf dem politischen Gebiet, es hat wirtschaftlich eine unerhörte Ausdauer bewiesen. Aber das Wunder, in ein paar Jahren, nur angewiesen auf die elenden und zerrütteten Reste der Industrie, ein Klein-Bauernland von 130 Millionen Menschen auf die Höhe der modernen Technik zu heben, das hat es allerdings nicht gekonnt — weil es einfach nicht möglich ist.

Aber wir fragen die deutschen Arbeiter: Wie steht's um Euch, die Ihr die Bourgeoisie nicht niedergeworfen habt, ja, die Ihr sie immer stärker werden ließet?

Ihr habt nicht die Macht, und Ihr habt das grinsende Elend dazu! Der Bankrott Mittel- und Westeuropas ist mit Händen zu greifen. Seit Ende des Krieges ist die Wirtschaft immer mehr zurückgegangen. Heute geht es in Deutschland mit Riesenschritten österreichischen und polnischen Zuständen zu.

Der Dollar stand gestern auf 310. Das sagt genug.

Der deutsche Arbeiter, der nüchtern seine eigene Lage betrachtet, muß sich sagen: Wie einer auch über die bolschewistische Politik urteilen mag, so ist so viel klar, daß es im unmittelbaren Interesse der deutschen Arbeiterschaft liegt, sich dafür einzusetzen, daß Friede mit Rußland geschlossen wird, daß die Handelsbeziehungen ausgebaut werden, daß Rußland alle Hilfe gewährt wird, Kredite usw., damit es schneller an seinen Wiederaufbau gehen kann.

Wenn der Wiederaufbau Sowjetrußlands auch nur ein wenig mehr Arbeitsgelegenheit hier im Westen schaffen kann, so muß die Arbeiterschaft ihr volles Gewicht in die Wagschale legen, daß wenigstens das unverzüglich geschieht, was die Regierung Sowjetrußlands als Vorbedingungen des Wiederaufbaus fordert und wofür sie den kapitalistischen Randstaaten schwere Opfer bringt, solange eben die Arbeiter noch mit kapitalistischen Regierungen sich abfinden.

Und dementsprechend müssen die Arbeiter handeln.

In allen Versammlungen, in den Gewerkschaften, in den Betrieben muß gefordert werden, daß mit Sowjetrußland der Friede abgeschlossen wird, daß die Handelsbeziehungen voll aufgenommen werden, daß Kredite für den Wiederaufbau gewährt werden.

Solange, so nachdrücklich und so massenhaft muß es gefordert werden, bis es verwirklicht wird.

Was nun?

Die Koalition der Sozialdemokratie mit der Deutschen Volkspartei ist Tatsache. Diese Koalition ist mit einer Partei eingegangen, von der selbst ein Scheidemann noch vor sechs Monaten erklärte: „Mit Herrn Stinnes oder seinen Leuten eine Regierung zu bilden — wir sagen Nein!" Und noch vor zwei Monaten haben die Berliner Funktionäre der SPD. in ihrer Versammlung, die sich mit dem Görlitzer Beschluß befaßte, jede Koalition mit der Deutschen Volkspartei als einer ausgesprochenen monarchistischen Partei mit Zwei-Drittel-Mehrheit abgelehnt. Trotzdem ist die große Koalition zustandegekommen. Der Wille der SPD.-Arbeiter gilt nicht mehr in ihrer Partei.

Es ist zweifellos, daß die SPD.-Arbeiter diesen Ueberfall durch ihre Führer nicht ohne schärfsten Protest aufnehmen werden. Die Presseäußerungen der linken SPD.-Organe liegen noch nicht vor. Bezeichnend für die Stimmung unter den sozialdemokratischen Arbeitern ist ein Brief eines SPD.-Arbeiters, der uns heute zuging. Dort wird eine Frage aufgerollt, die unausweichlich ist, wenn sie auch für die bisherigen Mitglieder der Sozialdemokratie sehr schmerzlich sein wird. Der SPD.-Arbeiter fragt: Können wir noch angesichts dieses selbstherrlichen Vorgehens unserer Führer, die sich ohne weiteres über unseren Willen hinwegsetzen, in unserer Partei bleiben? „Ihr werdet verstehen," fährt der Briefschreiber fort, „daß man von einer Partei nicht weglaufen kann, für die man solange gearbeitet hat. Es scheint aber, daß uns ein anderer Weg nicht übrig bleibt."

Diese Frage, ob die SPD.-Arbeiter in ihrer Partei noch weiterhin bleiben können, wird nicht nur durch das Gefühl eines begangenen Betruges aufgerufen. Stärker als durch diese Stimmung wirken hier die tatsächlichen Verhältnisse, die Teuerung und die drohenden Steuerlasten. Nach dem Index der „Frankfurter Zeitung" haben die gegenwärtigen Preise rund die siebenundzwanzigfache Höhe der vor dem Krieg bezahlten erreicht. Gegenüber dem Januar 1920 sind die Preise um das Eineinhalbfache gestiegen. Nirgends eine Preissenkung. Von den 77 Waren, die von der „Frankf. Zeitung" zur Berechnung der Großhandelsindexziffer herangezogen werden, sind im Monat Oktober 67 bedeutend gestiegen, während die restlichen zehn Waren ihren Preis nicht geändert haben. „Preisminderungen fehlen gänzlich," fährt die „Frankfurter Zeitung" fort, „und von den zehn unveränderten Waren sollen, wie bereits angekündigt, noch einige (Essen, Kohle) mit Rückwirkung ab 1. November erhöht werden. Zu der Teuerung gesellen sich die drohenden Steuern, die nach den bisherigen Vorlagen, sämtlich ausschließlich den Verbrauch treffen. Von einer Belastung des Besitzes ist keine Rede mehr. Wollten die Stinnes und Hugenberg noch vor einem Monat ihre Befreiung von den Steuern durch die „freiwillige Kreditaktion" erkaufen, dann fühlen sie sich heute stark genug, um täglich mit dem Abbruch der Verhandlungen zu drohen und für den Fall auch eines ganz unzulänglichen Kredites Bedingungen zu stellen, die ihnen alle Staatsbetriebe, Eisenbahnen und Post ausliefern sollen. Selbst der Wirtschaftsredakteur des „Berliner Tageblattes", Pinner, muß feststellen:

Nirgends bietet sich ein volkswirtschaftlicher Wiederaufbau, nirgends ein positiver Gedanke dar, wo sich Deutschland mit dem in der jetzigen Form undurchführbaren Reparationsproblem in einer anderen, wirtschaftlich möglichen Weise abfinden kann. Alles erschöpft sich in Negation, im Protest, mit dem privatwirtschaftlichen Interesse beginnt die Denktätigkeit dieser Kreise, mit ihm endigt sie. Man macht gewaltige bis ins Feinste überlegte Konzentrationen, aber dabei ist nicht das Bestreben maßgebend, die Produktionsverbilligung zur Stärkung der Steuerkraft zu benutzen, sondern man will im Gegenteil Steuern sparen."

Das Elend und die Not, denen wir entgegengehen, werden den Rest der Vorurteile brechen, die einen Teil der Arbeiterschaft noch gefangen halten. Nicht nur die SPD.-Arbeiter, auch die USP.-Genossen werden ihre Partei vor Entscheidungen stellen müssen. Ihre ganze Politik war auf die Verschmelzung mit der SPD. eingestellt. Der rechte Flügel der Unabhängigen hoffte, durch eine Vereinigung mit der Sozialdemokratie eine Politik treiben zu können, die einerseits das Proletariat nicht allzu schwer trifft, anderseits aber auch die Bourgeoisie scheut. Die große Koalition in Preußen bedeutet den Bankrott dieser Ideologie. Sie ist der Beweis für die Tatsache, daß die Klasseninteressen sich derart zugespitzt haben, daß eine halbe Lösung ausgeschlossen ist. Entweder das Proletariat trägt die Lasten oder die Bourgeoisie. So ist die Frage gestellt. Die Beherrschung des Bürgertums durch die Deutsche Volkspartei ist der politische Ausdruck dieser einen, wie das Steigen des kommunistischen Einflusses der Ausdruck der zweiten Tatsache ist. In diesem Zusammenhang besehen, bedeutet die große Koalition den Zusammenbruch all jener Illusionen, die eine Verteilung der Reparationslasten auf Bourgeoisie und Proletariat für möglich hielten.

Die gegenwärtige Lage bietet keine Möglichkeit für Illusionen. Sie verlangt klares, zielbewußtes Handeln.

Stadt[illegible]

Eine Massenkundgebung der Halleschen Arbeiterschaft.

Eine Rede Lettow-Vorbecks. — Die Schupo gegen Arbeiter.

Halle, 7. November.

Am Sonntag sprach hier in einer Versammlung des „Schutz- und Trutzbundes" der bekannte Kapplist Lettow-Vorbeck. Alle Orgeschleute waren zur Stelle.

Aber auch die Arbeiter waren nicht müßig. Das freche Treiben der Reaktion hatte zur Folge, daß sich die Hallesche Arbeiterschaft aller drei Parteien zur gleichen Zeit auf dem in der Nähe des Walhalla-Theaters gelegenen Roßplatz versammelte, um gegen die Reaktion zu demonstrieren. Dort sprachen drei Redner der KPD., USPD. und SPD. Die Arbeiter marschierten sodann in geschlossenem Zuge mit roten Fahnen durch die Straßen der Stadt zum Hallmarkt, woselbst noch ein Kommunist zu den Massen sprach. Als die Arbeiter nach dem Tagungslokal der Reaktionäre ziehen wollten, wurden sie von der gesamten Halleschen Schupo-Organisation daran gehindert, die beritten und zu Fuß mit gezogenen Säbeln und gefällten schußbereiten Gewehren, den Sturmriemen unter dem Kinn festgebunden, gegen die andrängenden Massen vorging. Es wurden dabei eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen, einige Arbeiter wurden verwundet. Rechtssozialistische Arbeiter warfen angesichts der skandalösen Vorgänge dem anwesenden rechtssozialistischen Polizeidirektor ihre Mitgliedsbücher zerrissen vor die Füße. Infolge des Auftretens der Arbeiterschaft nahm die Orgeschversammlung ein ziemlich klägliches Ende. Der geplante Umzug ist verhindert worden. Vorbeck selbst konnte unbehelligt im Auto wegfahren, nachdem die Schupo vorher durch Attacken noch eine gehörige Säuberung der Straßen vorgenommen hatte. In der arbeitenden Bevölkerung herrscht große Empörung.

Erzbergers Mörder in Oesterreich?

Der Student Tillessen angehalten und wieder entsprungen.

(Int.) Wien, 7. November.

Ueber die Auffindung einer Spur der Mörder Erzbergers in Oesterreich liegen zwei einander widersprechende Meldungen vor, die aber darin übereinstimmen, daß eine sichere Spur der Mörder nach Oesterreich führe und daß einer der Mörder — unbekannt ob Schulz oder Tillessen — sich bereits in den Händen der österreichischen Gendarmerie befunden habe, aber wieder entkommen sei. Die Mutmaßungen, daß man es mit einem der Mörder Erzbergers zu tun habe, gründen sich darauf, daß der von der steirischen Polizei verhaftete, aber wieder entkommene junge Mann die für Tillessen charakteristischen Narben aufwies. Nach einer anderen Version soll es sich nicht um Tillessen, sondern um Schulz handeln. Darüber wird aus Graz berichtet:

Am 1. November wurde in Obersteiermark, in der Nähe Weißkirchens, ein etwa 30jähriger Mann erschossen aufgefunden. Der Tote wurde als „Artur Kofler aus Innsbruck" agnosziert. In seiner Begleitung hatte sich ein zweiter Mann befunden, der sich in Innsbruck unter dem Namen Holzmann gemeldet hatte. Man schöpfte sofort Verdacht, daß dieser Holzmann seinen Begleiter ermordet habe. Die diesbezüglichen Nachforschungen haben noch kein Licht in diese Sache gebracht, doch kamen im Laufe der Untersuchung eine Reihe von Verdachtsmomenten zutage, daß der Begleiter des Kofler mit dem Mörder Erzbergers Schulz identisch sei. Ob der Ermordete Tillessen ist, ist noch zweifelhaft, wird aber leicht festzustellen sein. Die Polizei meldet noch, daß der unter dem Verdacht, der Mörder Erzbergers zu sein, Verhaftete, durch Abspringen vom fahrenden Eisenbahnzug der Gendarmerieeskorte entwichen ist.

Der Prozeß gegen die Kappisten verschoben.

Bekanntlich hat das Reichsgericht den Termin gegen die Kappisten Jagow und Wangenheim verschoben, weil angeblich Bauer und Ehrhardt sich freiwillig stellen wollten. Es sickerte allmählich durch, daß das Angebot Bauers und Ehrhardts seit Monaten zwischen den Akten des Reichsgerichts lagerte und nur hervorgeholt wurde, um einen Vorwand für die Verschiebung des Prozesses gegen Jagow und Wangenheim zu schaffen. Dies wird jetzt amtlich bestätigt.

Freilich, der Oberstaatsanwalt behauptet, der Verteidiger Ehrhardts und Bauers habe ihm mitgeteilt, daß sie noch heute bereit seien, sich freiwillig zu stellen. Das Reichsgericht sicherte ihnen auch freies Geleit zu. Inzwischen hat Ehrhardt in der Presse erklären lassen, daß er auf das freie Geleit pfeife und nicht daran denke, sich zu stellen. Ebenso Bauer.

Die Ausrede, die man benutzte, um Jagow und Wangenheim weiter ungeschoren zu lassen, ist also zu Wasser geworden. Der Prozeß gegen Jagow wird für den 7. Dezember anberaumt, weil die „Geschäftslage des Reichsgerichts" einen früheren Termin nicht erlaube. Der ursprüngliche Termin war auf den 27. Oktober angesetzt. Jetzt ist man infolge der „Geschäftslage" im Dezember erst in der Lage, gegen Jagow zu verhandeln. Oder richtiger: bis zum Dezember kann noch allerlei passieren. Die große Koalition gibt ja mancherlei Hoffnungen Platz

Das Reichsgericht hat sich blamiert. Der Grund zur Verschiebung des Jagow-Prozesses war, wenn nicht zu sagen ein Schwindel, so doch eine nicht durchaus auf der Wahrheit beruhende Konstruktion. Aber die Hauptsache: der Prozeß ist wieder einmal verschoben, die Kappisten sind gerettet.

Der Reichstag und die neuen Steuern.

Der Deutschnationale Edler von Braun brachte eine Interpellation ein des Wortlauts: „Wie will die Regierung den völligen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft verhindern?" und verlangte ein klares Programm. Dieser demagogische Schachzug ist natürlich nur ein Teil der allgemeinen Offensive des Großkapitals, die jetzt die Zeit für gekommen erachtet, um den Staat ganz in ihre Hände zu bringen.

Bei der Besprechung der Rede des Reichsfinanzministers ergriff als erster der Sozialdemokrat Adolf Braun das Wort. Er erklärte sich vom Steuerprogramm des Ministers Hermes unbefriedigt und forderte neue Wege. Welches sind die neuen Wege, die die „schöpferische Phantasie" Brauns entdeckte? Aus seiner wohl mit Absicht ziemlich verschwommenen Ausführung konnte man nur entnehmen, daß er mit dem Plane der Kreditanleihe einverstanden sei. Er sprach davon, daß die Devisenbeschaffung eine Frage von Leben und Tod sei, daß die deutsche Industrie selbst ihr Teil leisten müsse, um den allgemeinen Bankrott zu vermeiden. Das Kapital müsse das seine beitragen, um aus dem Finanzelend herauszukommen. Wenn Braun in diesem Zusammenhange noch von der Erfassung der Sachwerte spricht, so ist das nur eine Phrase. Wenn man alles in den guten Willen der Kapitalisten setzt, dann wird man die Sachwerte nicht erfassen, sondern höchstens dem Schwindelgeschäft der Kreditanleihe auf die Beine helfen.

Im übrigen ereiferte sich Braun gegen die Spekulationswut, gegen die Jagd nach dem Dollar und forderte Maßnahmen zum Schutze der Mark.

Nach Reden des Vertreters des Zentrums und der Demokraten ergriff der Reichswirtschaftsminister Schmidt, ein Sozialdemokrat, das Wort.

Er ereiferte sich gegen den Luxus in Deutschland und erklärte pathetisch: „Entweder wir trinken französischen Kognak und pfeifen auf die Reparation oder wir verzichten auf diese Genüsse und versuchen unsere Verpflichtungen zu erfüllen." Wer trinkt Kognak? Etwa die Arbeiter? Und die Arbeiter sollen nach der Ansicht der Regierung, der Schmidt angehört, die Reparationen bezahlen. An die Moral der Bourgeoisie appelliert man aber nicht mit hohlem Pathos.

Schmidt kündigte weiter einen Gesetzentwurf an, der das freie Börsenspiel verbietet, um so dem Fall der Mark zu steuern. Aber Schmidt verspricht sich wahrlich selbst nicht viel von diesem Gesetzentwurf.

Schmidt ging dann noch auf die Frage der Kreditanleihe ein. Er beschwerte sich über die Bedingungen, die die Kapitalisten für ihre Gewährung stellen und schloß mit einem gewiß wohlgemeinten Appell an das Großkapital.

Helfferich, der nächste Redner, forderte Abschaffung des Achtstundentages, Beschränkung des Beamtenapparates, er protestierte gegen eine Erfassung der Sachwerte und verlangte die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen.

Die Kommunisten haben einen dringlichen Antrag über die Geldentwertung eingebracht.

Die Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Stinnes Triumphator.

Am Anfang der Verfassung der deutschen republikanischen Republik steht der Satz, daß alle Macht vom Volke ausgehe, und etwas später, der Reichstag sei das Organ des Volkes. Schon längst aber liegt der Schwerpunkt alles Geschehens in Deutschland nicht mehr im Parlament, auch nicht im Reichswirtschaftsrat, er liegt beim organisierten Schwerkapital. Wir geben im folgenden einen Bericht über die Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, in der die „Kredithilfe" diskutiert wurde, wieder. Diese Sitzung war nur für Mitglieder und streng vertraulich.

Geheimrat Bücher (Geschäftsführendes Präsidialmitglied) legt im Namen des Vorstandes eine Entschließung zur Annahme vor, die trotz eines Protestes gegen die Abtrennung Oberschlesiens den Münchener Beschluß vom 27. Oktober, dem Reich Kredithilfe zu gewähren, aufrecht erhält. (Starker Widerspruch.)

Generaldirektor Silverberg-Köln: Die Opposition gegen die Kreditaktion ist keine deutschnationale parteipolitische Mache. Der Plan der Kredithilfe ist heute wahnsinnig zu nennen. Er hat keinen Sinn mehr, denn wir sind am Ende. (Starker Beifall.)

Geheimrat Dr. Hugenberg: Ich habe ursprünglich den Münchener Beschluß gutgeheißen, habe mich aber inzwischen von der Verderblichkeit des Planes überzeugt. (Lauter Jubel im ganzen Saal.)

Minister a. D. von Raumer macht auf die Folgen einer etwaigen Ablehnung der Kreditaktion aufmerksam. Die Versammlung hält solche Erwägungen für weichlich und zweifelt an seiner Intelligenz.

Desgleichen treten Reichsbankpräsident Havenstein, Geheimrat Wiedfeld, als Vorsitzender des Krupp-Direktoriums, und Geheimrat Duisburg für den Plan der Kreditaktion ein.

Haßlacher, Generaldirektor der rheinischen Stahlwerke lehnt entschieden den Plan ab und geht mit Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes scharf ins Gericht. (Ungeheurer Beifall.)

Stinnes liest einen Brief vor, den er nach Bekanntwerden des Planes an Geheimrat Bücher aus dem Ausland geschrieben hatte. Er enthielt in markigen Sätzen eine volle Vernichtung des ganzen Kreditplanes. Stinnes legt alsdann eine Resolution vor und begründet sie in einstündiger Rede. Er erntete ungeheuren Beifall.

Während der wogenden Sitzung diskutieren am Tisch des Präsidiums Stinnes, Kerkhoff, Duisburg und andere ununterbrochen miteinander. Das Präsidium hielt sich nunmehr vollkommen zurück und schließlich wurde eine Resolution angenommen, die inhaltlich der Stinnesschen vollkommen entspricht. Während sie verlesen wurde, herrschte lautlose Stille. Von den 1200 Anwesenden kämpften nur ganz wenige dagegen. Unter jubelnder Zustimmung endete die Versammlung. Stinnes hatte diktiert und gesiegt.

Scheidemann über die Lebenskraft.

WTB. Kassel, 6. November.

In einer Rede, die der Oberbürgermeister Scheidemann heute in Kassel hielt, schilderte er die sich in kurzen Zeiträumen immer wiederholenden Um- und Neubildungen der Regierungen. Der häufige Regierungswechsel sei lediglich ein Symptom der schweren Krankheit unseres Volkes. Wir leben immer noch im Fieber. Ein solcher Zustand kann nicht ewig dauern. Der amerikanische Dollar gilt bei uns heute rund 20 Mark gegen rund 4,25 Mark im Frieden; unsere deutsche Mark aber gilt in Amerika nicht mehr zwei Pfennige gegen hundert vor dem Kriege. Trotzdem aber hat Amerika sechs Millionen Arbeitslose, wir im Reiche nicht 200 000. Ich bin sehr besorgt um die Zukunft Deutschlands, sehe sie aber durchaus nicht hoffnungslos an. Ich rechne auf die unserem Volke innewohnende Lebenskraft und den festen Willen, sie bis zum äußersten anzustrengen. Was 1919 alle gesagt haben, halte ich auch heute noch für richtig: das Versailler Diktat restlos zu erfüllen ist eine glatte Unmöglichkeit. Wir müssen uns wollen tun, was wir können in der bestimmten Erwartung, daß in nicht zu ferner Zeit auch die Entente zu der Erkenntnis von der Unsinnigkeit des Diktats kommt und in eine gründliche Revision willigt.

Scheidemann rechnet auf die seinem Volke „innewohnende Lebenskraft". Wenn er damit die Kapitalisten meint, dann allerdings: Die haben Lebenskraft genug und werden „durchhalten", wie sie es auch im Kriege getan haben. Das Proletariat aber ist nicht gewillt, der Kapitalisten dieses Durchhalten um den Preis seines eigenen Untergangs zu ermöglichen.

Hemmungsloser Marksturz.

An der gestrigen Börse zeigten die drei Hauptdevisen folgende Entwicklung:

	Friedenswert	9 Uhr	10 Uhr	11 Uhr	12 Uhr	1 Uhr
New York	4,20	250	265	290	300	307
Holland	1,70	8600	9000	9600	10000	10700
London	20,40	980	1020	1090	1170	1200

Am Dollar berechnet, beträgt der Wert der deutschen Papiermark zurzeit 1,4 Pfennig.

Die Thüringische Regierung gegen die Kartoffelnot.

(DA) Weimar, 8. November.

Das Wirtschaftsministerium des Freistaates Thüringen wird eine Kartoffelbestandsaufnahme vornehmen. Es beabsichtigt unter Umständen im Interesse der notleidenden Bevölkerung Kartoffelvorräte zu beschlagnahmen.

Genosse Brandler in Moskau.

Einer Meldung der Wiener „Rossa" zufolge ist Genosse Brandler vor zwei Tagen in Moskau eingetroffen.

Ausland.

Der Vertrag Polens mit der Tschechoslowakei.

Am Sonntag wurde von dem polnischen Außenminister Skirmund und dem tschechoslowakischen Ministerpräsident Dr. Benesch der polnisch-tschechoslowakische Vertrag unterzeichnet. Der Inhalt dieses Vertrages ist in seinen Hauptpunkten bereits früher mitgeteilt worden; es handelt sich in der Hauptsache um ein militärisches Bündnis, das die „Neutralität" der beiden Staaten im Kriegsfalle, und die freie Durchfuhr von Munition und Waffen vorsieht. Dieser Vertrag bildet ein Gegenstück zu dem polnisch-rumänischen Vertrag, der vor einigen Monaten abgeschlossen worden ist.

Dem Vertrag dessen wichtigster Inhalt von den beiden Regierungen natürlich nicht veröffentlicht wird, ist ein Handelsvertrag vorangegangen mit einer Spitze gegen Deutschland. Der eigentliche Sinn des Vertrages aber besteht darin, daß die Aufmarschgrundlage für den gegen Sowjetrußland beabsichtigten Krieg dadurch erweitert worden ist.

*

Unser Reichenberger Bruderblatt, der „Vorwärts", teilt unter der Uebrschrift „Worüber wir nicht schreiben dürfen", folgendes mit:

„In der „Reichenberger Zeitung" lesen wir die folgende, aus Kowno vom 3. November datierte Meldung: Aus Moskau wird gemeldet, daß die Spannung zwischen Rußland und seinen westlichen Nachbarn in den letzten Tagen noch größer geworden ist. Die „Prawda" nennt die soeben von Frankreich an Polen bewilligte 500-Millionen-Anleihe eine Kriegsanleihe. Die „Iswestija" meldet die Einberufung von einigen Jahrgängen in Polen. Die Tschechoslowakei hat sich in einem Abkommen mit Petljura verpflichtet, ihn zu unterstützen. Die Teilnahme der Tschechen an der bevorstehenden polnisch-ukrainisch-rumänischen Intervention in Rußland ist beschlossen worden. Die Abreise Sawinkows nach Prag und die Organisierung von ukrainischen Freikorps in der Tschechslowakei ist der Anfang des aktiven Eintritts der Tschechoslowakei in die große antibolschewistische Koalition."

Der Einfall der Petljura-Banden.

Daß der Vertrag tatsächlich gegen Sowjetrußland gerichtet ist, beweist die unverschämte Haltung der polnischen Regierung gegenüber der russischen Räterepublik. Bekanntlich hat die Sowjetregierung der polnischen Regierung eine Note überreicht, in der sie gegen die Unterstützung der Petljurabanden, die von Polen aus einen Einfall in die Ukraine unternommen haben, durch die polnischen Militärbehörden protestiert wird. Ueber die Vorbereitungen dieses Bandeneinfalls schreibt Radek in der „Prawda":

„Kaum ist der „Sawinkow-Konflikt beigelegt, als polnische Militärkreise neue Konflikte vorbereiten. Mit Wissen der polnischen Militärbehörden haben Petljurabanden das Sowjetrussische Territorium überfallen. Mehrere tausend Bewaffnete wurden von der polnischen Eisenbahn befördert. Niemand kann annehmen, daß dies ohne Wissen der polnischen Behörden geschehen konnte. Wir glauben gern, daß das polnische Außenministerium von den Vorbereitungen der Militärkreise nichts wußte und darüber nicht sehr erfreut ist aus Besorgnis über den schlechten Eindruck, den diese unterbrochenen Abenteuer im Auslande hervorrufen. Doch Sowjetrußland kümmert das wenig. Für Rußland besteht nur die Tatsache, daß die Petljurabanden mit Wissen der polnischen Behörden das Russische Territorium überfallen, Pogrome veranstalteten, Eisenbahnen zerstörten, Getreide verbrannten. Sowjetrußland muß der polnischen Regierung in entschiedenster Weise erklären, daß, wenn sie nicht imstande ist, Pilsudski zu bändigen, sie selbst mit allen Kräften genötigt sein wird, diesen zügellosen Abenteurer zur Vernunft zu bringen, ohne Pilsudski die Freude zu machen, sich von seinen Provokationen reizen zu lassen und polnisches Gebiet zu betreten."

Die neue polnische Drohnote.

Die polnische Regierung hat auf die Note der Sowjetregierung mit leeren Ausflüchten und Unverschämtheiten geantwortet. In dem Augenblick, da das Zustandekommen des Vertrages mit der Tschechoslowakei feststand, hat die polnische Regierung die erste Unverschämtheit mit einer zweiten übertrumpft, indem sie ihrerseits in Moskau eine Note überreichen ließ, die in der Form eines zwar nicht befristeten Ultimatums die Durchführung des Rigaer Friedensvertrages verlangt.

Es ist in dem Augenblick nicht zu erwarten, daß diese Note der polnischen Regierung ernst gemeint ist, d. h., daß sie als unmittelbare Vorbereitung zum Kriege gedacht ist. Noch ist das ungarische Problem für die Kleine Entente ungelöst und eine dauernde Drohung. Eine wirksame Unterstützung Polens durch die Tschechoslowakei und auch durch Rumänien ist in diesem Augenblick nicht möglich, abgesehen davon, daß die polnische Regierung einen Winterfeldzug nicht wagen darf. Die polnische Drohnote hat in der Hauptsache innerpolitische Gründe. Die neue Regierung Donikowski hat einen schweren Standpunkt. Da die Sejmwahlen vor der Türe stehen, weigern sich die ausschlaggebenden Parteien, die von dem Finanzminister Michalski verlangte Finanzreform durchzuführen. Aber sie verbergen ihren Widerstand gegen diese Finanzreform durch Angriffe auf die äußere Politik der Regierung, sie beschuldigen den Außenminister Skirmunt, daß er sich in Prag „ehrlich" benommen habe, und sie beschuldigen ferner die Regierung, daß sie gegen Sowjetrußland nicht mit der nötigen

Schärfe vorgehe. Deshalb bedeutet die Drohnote gegen Sowjetrußland mehr eine Aktion gegenüber den kleinbürgerlichen Parteien. Die bedeutende Besserung der polnischen Währung hat auf die polnische Wirtschaft katastrophal gewirkt. Ein großer Teil der Betriebe wurde stillgelegt, so vor allem die Textilindustrie im Lodzer Bezirk. Die polnischen Kapitalisten sind infolge dieser katastrophalen Wirtschaftslage auf die Ausfuhr nach Sowjetrußland angewiesen. Sie verlangen deshalb, daß die Beziehungen zu Sowjetrußland nicht weiter getrübt werden, wenn sie auch zulassen, daß die Regierung, um die kleinbürgerlichen „Patrioten" zufrieden zu stellen, Drohnoten nach Moskau schickt.

Die englischen Gemeindewahlen.

Erfolge der Arbeiterkandidaten.

Bei den englischen Gemeindewahlen haben die Arbeitervertreter 130 Sitze neu gewonnen und 59 verloren. Es ist also ein Reingewinn von 71 Sitzen zu verzeichnen. Dieses Resultat ist umso bemerkenswerter, als die Konservativen und Liberalen in vielen Orten einen Block gegen die Arbeiter gebildet hatten.

Gewerkschaftliches.

Neue Beamtenforderungen.

Berlin, 7. November.

Der Vorstand des Deutschen Beamten-Bundes hat nach eingehender Erörterung der durch den sprunghaften Niedergang des Markkurses geschaffenen Lage der Beamtenschaft unter Zustimmung der Vertreter der dem Deutschen Beamten-Bund angeschlossenen Gewerkschaften die sofortige Weiterführung der Besoldungsaktion unter folgenden Gesichtspunkten beschlossen: Der Regierung sind sofort — unbeschadet des Abschlusses der gegenwärtigen Vorlage — folgende Forderungen vorzulegen, die sich nach der inzwischen eingetretenen Veränderung der Verhältnisse und nach der Annahme der Gesetzesvorlage in der Beamtenschaft nötig machen:

1. Die für Oktober-Dezember zu zahlenden Nachzahlungen auf Grund der neuen Besoldungsordnung sind, soweit sie hinter dem Betrag von 2000 Mark für den Beamten und 500 Mark für jeden weiteren von dem Beamten zu unterhaltenden Angehörigen zurückbleiben, in unmittelbarem Anschluß an die Nachzahlung auf diese Beträge aufzufüllen.

2. Hebung des Einkommens der unteren und mittleren Beamtengruppen auf eine die Bestreitung der Lebensnotwendigkeiten sichernde Höhe. Bei der daher sofort in Angriff zu übernehmenden Revision der Grundgehaltssätze ist unter anderem auf Planmäßigkeit des Verhältnisses der Gehaltssätze der einzelnen Besoldungsgruppen zu einander hinzuwirken.

3. Sofortige Schaffung von Einrichtungen, durch die unter Beteiligung der Beamtenorganisationen die kurzfristige automatische Anpassung der Bezüge an die fortschreitende Geldentwertung und Teuerung erfolgen muß.

Ausdehnung der Kämpfe im Rheinland.

Der Streik der Duisburger Maschinisten und Heizer, den die Bürokraten anderer Verbände abzuwürgen versuchen, dehnt sich immer mehr aus.

(TU) Haspe, 8. November.

Im Hasper Werk streiken 300 Maschinisten und Heizer. 2500 Arbeiter sind dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Es handelt sich angeblich um einen Sympathiestreik für den Duisburger Ausstand.

*

Streiks und Aussperrungen in Düsseldorf.

Die Maschinisten und Heizer haben den Streik in folgenden Werken durchgeführt: Mannesmann Walzwerk und Röhrenwerk, Schweißwerk Rath, Raabe-Eisenindustrie und Oberbilker Stahlwerk. Bei Gebr. Bleckmann und Phönix-Lierenfeld wurden die Heizer und Maschinisten ausgesperrt. In den übrigen Werken wird über die Beteiligung am Streik zur Zeit abgestimmt.

*

Die Hafen- und Transportarbeiter führen den begonnenen Streik mit bewundernswürdiger Einmütigkeit durch. Die Unternehmer stellten den Streikenden die Entlassungspapiere zu. Doch die Streikenden ließen sich dadurch nicht verblüffen, sondern antworteten infolge der fortdauernden Preissteigerung mit der Erhöhung ihrer Forderung von 30 auf 50 Prozent.

*

Die Metallarbeiter von Düsseldorf, die vor einigen Tagen eine 100 proz. Lohnerhöhung forderten, nahmen in einer außerordentlichen Generalversammlung, die von über 6000 Mann besucht war, zu dem Schiedsspruch, der nur mit einer Stundenlohnerhöhung von 25 bis 50 Pf. über das geringe Unternehmerangebot hinausging, Stellung. Einmütig wurde von allen Diskussionsrednern das lächerlich geringe Angebot abgelehnt. Zum Schluß wurde ein Antrag einstimmig angenommen, in dem es u. a. heißt:

Die Kollegen verlangen nun von der Düsseldorfer Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, daß sie unverzüglich Schritte unternimmt, um mit den übrigen Ortsverwaltungen im Bereich der nordwestlichen Industriegruppe in Verbindung zu treten, zum Zwecke eines einheitlichen Vorgehens und um die Forderung einer Lohnerhöhung durchzusetzen, die der Teuerung entspricht. Es sollen mindestens 100 Prozent Erhöhung gefordert werden. Die Düsseldorfer Kollegen vom Metallarbeiter-Verband fordern die gesamte Arbeiterschaft der nordwestlichen Industriegruppe auf, unverzüglich den Kampf aufzunehmen für diese Forderung, ehe die Krise einsetzt und es zu spät ist."

Ferner wurde beschlossen, bis Montag abend in allen Betrieben eine Urabstimmung durchzuführen über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches. Das heißt mit anderen Worten, Abstimmung über den Streik.

*

Lohnbewegung der Straßenbahner.

(TU) Essen, 8. November.

Die Lohnverhandlungen zwischen den Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber der Straßenbahnen der Gruppe Dortmund-Essen und Elberfeld sind ergebnislos abgebrochen worden. Es wurde der Beschluß gefaßt, den Schiedsspruch des Reichskommissars Mehlich in Dortmund anzurufen.

(WTB.) Saarbrücken, 7. November.

Außer den Straßenbahnern, die seit gestern im Streik stehen, um die dem Stadtverordnetenbeschluß gemäße Gehaltserhöhung zu erreichen sind heute auch andere städtische Angestellte und Arbeiter in den Ausstand getreten, so die städtische Müllabfuhr und die städtischen Betriebswerke. Notstandsarbeiten werden verrichtet, doch findet zwischen 5 Uhr abends und 5 Uhr morgens keine Belieferung mit Gas und Elektrizität statt, die Stadt liegt in völligem Dunkel; die meisten Geschäfte haben geschlossen.

Aussperrung bei Benz, Mannheim.

Mannheim, 7. November.

Die Firma Benz & Co., Rheinische Automobil- und Motorenfabrik, sperrte heute im neuen Werk die Belegschaft von 3500 Mann aus. Der angebliche Grund dieser unerhörten Provokation ist die heutige Demonstration der gesamten Arbeiterschaft vor dem Direktionsgebäude. Diese richtete sich gegen das einseitige Eingreifen einiger Direktionsbeamte in schwebende Akkordverhandlungen. Die gesamte Metallarbeiterschaft Mannheims bekundete den Benz-Arbeitern bereits vor einigen Tagen ihre Solidarität in den schwebenden Lohn- und Akkordverhandlungen.

*

Die Wolffmeldung der Unternehmer, daß diese Aussperrung in keinem Zusammenhang mit den schwebenden Verhandlungen stände, ist demnach bewußte Irreführung. Offensichtlich beabsichtigt das Unternehmertum, ähnlich wie vor einigen Monaten die Schichauwerft mit dieser an den Haaren herbeigezogenen Aussperrung mit den Lohnforderungen der Arbeiterschaft zuvorzukommen.

Erster Betriebsrätekongreß der deutschen Bergarbeiter.

In Essen wurde am Sonntag, den 6. November, der erste Betriebsrätekongreß der Bergarbeiter, einberufen vom Bergarbeiterverband eröffnet. Es waren 312 Delegierte anwesend, wovon 247 dem Bergarbeiterverband angehörten, 35 der Afa und die übrigen sich auf Fabrikarbeiter- und Transportarbeiterverband verteilten, während der DMV. eine Beteiligung an der Konferenz abgelehnt hatte.

Zu Beginn der Sitzung hielt Hue ein Referat über die gegenwärtige Situation. Er wies auf die Folgen des Versailler Friedensvertrages hin, sowie auf die vollständig verschobenen Ein- und Ausfuhrverhältnisse und das daraus entstandene wirtschaftliche Chaos. Alles das habe seinen Ursprung im Krieg. Angesichts der jetzigen Situation sei die Sozialisierung unbedingt notwendig, wenn nicht das ganze Volk zugrunde gehen soll! Hue ging dann über auf die gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnisse in der Kohlenindustrie. England, Holland und Frankreich würden mit Kohlen überschwemmt, während in Deutschland angeblich noch Kohlenmangel herrscht. Durch die Frankenwährung kostet die schlechtere Saarkohle 1000 M. gegen die bessere Ruhrkohle mit 360 M. Hue machte dann das Eingeständnis, daß wegen der kapitalistischen Beherrschung der Wirtschaft die Forderung der Internationalen Bergarbeiterkonferenz in Genf und des Internationalen Gewerkschaftsbundes nicht durchgeführt werden könne. In Braunkohlen wäre eine Ueberproduktion zu verzeichnen. Viele Werke können nur bis zu 50 % ihre Produktionsmöglichkeit ausnutzen, weil keine Lagerungsmöglichkeiten mehr bestehen. Auch auf die Steinkohlenwerke treffe das zu. Er wies weiter hin auf die riesenhafte Arbeitslosigkeit in England, die seiner Ansicht nach zum wesentlichen Teile verursacht sei durch den englischen Bergarbeiterstreik. Uebergehend auf die Eisenerzproduktion, bemerkte er, daß wir nach dem Versailler Vertrag nur 25 % unserer früheren Erzförderung zur Verfügung haben. Trotzdem wären im Lahn- und Dillgebiet hochwertige Gruben einfach stillgelegt, dafür aber Erze aus dem Auslande zu ungeheueren Auslandsvalutapreisen eingeführt. Zwischen 400—500 000 Tonnen betrug die Erzeinfuhr im letzten Jahre. Gegenüber den dadurch ins Unerschwingliche heraufgeschraubten Eisenpreisen verhielten sich die Behörden durchaus passiv. Weiter führte Hue aus:

„Die Regierung und alle ihr nahestehenden kapitalistischen Kreise verlangen die Beseitigung der Zwangswirtschaft. Dabei sind die Syndikate eine viel größere Zwangswirtschaft, als sie jemals existierte. Die Betriebsräte wissen von diesen Zuständen verhältnismäßig wenig. Sie müssen aber auf ihren Werken alles tun, um die Sozialisierung — nicht Bolschewisierung durchzuführen. Wenn man sagt, in Rußland hätten die Bolschewisten das Wirtschaftsleben zerstört, dann sage ich, in Deutschland haben die Rechtsbolschewisten das Wirtschaftsleben zerstört.

Wir haben uns in unseren Hoffnungen betrogen gesehen (Zwischenruf: Wie immer!); ja, wir werden die Fehler nicht wiederholen. Die versprochene Sozialisierung ist nicht durchgeführt worden. Es ist unmöglich, daß man sagt: Die Betriebsräte sind nicht reif. Wer schwimmen lernen will, muß ins Wasser gehen. Und die von der Bergakademie kommenden Direktoren würden auch nie reif werden, wenn sie nicht von alten Obersteigern und Steigern in den Produktionsprozeß eingeführt würden. Die Intelligenz der Arbeiter kann sich mit der der Industriekapitäne messen. Ob Hauer, Zimmermann, Maurer, Maschinist: keiner kann von den Direktoren ersetzt werden, deshalb müssen diese Arbeiterschichten mehr Selbstbewußtsein in Zukunft haben. Wir halten fest an der Forderung der Sozialisierung und Demokratisierung."

Im Anschluß an Hues Referat referierte Martmüller über „Die Aufgaben der Betriebsräte". Das Betriebsrätegesetz entspreche nicht der Verfassung, ihm haften alle Mängel des Kompromisses an. Immerhin sei es gegen früher ein Vorteil. Praktisch neues brachte er indessen in seinen Ausführungen nicht. Halbfeld als Vertreter der Afa wies darauf hin, daß die besten Wünsche und Entschließungen uns nicht weiterbringen, wenn keine Einigkeit der Arbeiterschaft zustande kommt. Die Sozialisierungsfrage wurde vom rein juristischen Standpunkt aus behandelt. Der Redner verspricht sich viel von der Kontrolle der Selbstkosten sowie der Kontrolle über die Nebenproduktion, die nur im engsten Einvernehmen zwischen Arbeitern und Angestellten möglich und bei Lohnfragen die Hauptsache sei. Fischmann-Kattowitz gibt das Gelöbnis ab, daß die oberschlesischen Arbeiter trotz der politischen Abtrennung zum Verband halten und sowohl gegen die deutsche als gegen die polnische Bourgeoisie kämpfen werden. Oberhagen-Essen bezeichnet die Betriebsräte als Arbeitervertreter nur als eine Farce. „Wir sind wider Willen Föderalisten geworden. Jeder Versuch über die Schachtanlage hinaus tätig zu sein, schlägt fehl, sofern er nicht überhaupt unterlassen wird." Weiterhin protestiert er gegen die Beschimpfung der Beamten und Angestellten seitens gewisser Elemente in den Belegschaftsversammlungen und fordert, daß solche Elemente so wie jene, die immer nur das Schlagwort von den Bonzen und der Arbeitsgemeinschaft im Munde führen, aus den Belegschaftsversammlungen entfernt werden.

Zum Schlusse der Sitzung weist Husemann noch auf die Absichten der Ententekapitalisten hin, die die Reichswerke, die ein sozialisierter (!) Betrieb seien, zerstören wollen. Ein von Hue eingebrachter Antrag, der sich dagegen wendet, wurde ohne Debatte angenommen.

Wirbelsturm.

Roman von Andor Nagy.

Aus dem ungarischen Manuskript übertragen von Stefan J. Klein

5] Nachdruck verboten.

Lola verstand sie nicht, glaubte, dies sei eine Anspielung auf ihre Magnatenfreundschaften, die sie Abel zuliebe abgebrochen hatte.

„Ach was! Wenn du's wissen willst, die Aristokratie kommt an meinen Tisch, wenn ich es will."

„Haha!" — lachte Fifi — „Engel, Dummkopf, weißt du, was jetzt ein Aristokrat ist? Nichts! So viel," — und sie zeigte es mit dem abgekrümmten Arm, an dem die neuesten aus der Schweiz eingeführten Handschuhe bis über die Ellenbogen reichten.

„Wirklich?"

Fifi machte eine geringschätzende Gebärde.

„Luft. Was ist heute ein Aristokrat? Nichts. Ein Matrose, ein Schlossergeselle ist ein größerer Herr. Ihre Vermögen wurden beschlagnahmt, die Aristokraten flüchten, denn die Sozis können sie sogar einsperren lassen. Aber ein Amerikaner von der Mission, das ist etwas ganz anderes, ist ein Herr, ist überall ein Herr, den wagt auch hier niemand mit einem Finger zu berühren. Auch Baby hat die Aristokraten entlassen, pfeift auf sie. Dieses kleine Schimmelblümchen! Weißt du, was für ein großes Tier dieses Aas jetzt in Pest ist? Eine Königin!"

„Kolossal. Und sie hat den Aristokraten den Laufpaß gegeben?"

„Hörst du! Sie hatte doch Verstand! Denn den hat sie. Glaubst doch nicht, daß es jemanden nach ihrem grünen, ausgemergelten Gesicht verlangt? Aber Verstand hat sie unverschämt viel. Hat den Aristokraten selbstverständlich den Laufpaß gegeben."

„Furchtbar" — sagte Lola und bedauerte aufrichtig die Aristokraten — „furchtbar, diese vielen vornehmen Männer . . . Flüchten alle?"

„Ins Ausland, Liebste. Wer nicht unter dem Schutz der Mission steht, wie ich, für den ist das Vernünftigste, schleunigst ins Ausland zu gehen. Dort wirst du deine Aristokraten füttern können, denn ich hoffe, du wirst dumm genug sein, es zu tun."

„Sie werden nichts zu essen haben? Furchtbar!"

„Wovon denn? Die bleiben so zurück, wie meine zehn Finger!" — und sie zeigte ihre Finger, an denen sich unter dem dünnen Handschuh eine ganze Reihe von Ringen rundete.

„Schauderhaft" — jammerte Lola und fühlte bereits, sie werde ins Ausland fahren; — könne doch jetzt ihre wahren Freunde nicht im Stich lassen. Nein, sie läßt sie nicht im Stich, wird es beweisen.

Das Stubenmädchen meldete die andere Freundin. Fifi begann eilends Abschied zu nehmen.

„Ich geh'" — sagte sie — „Du weißt doch, die Mangi ist sehr heruntergekommen, würde sicherlich wollen, ich soll sie im Auto mitnehmen, doch kann ich mich wirklich nicht mit ihr zeigen. Sie hat einen vorjährigen Hut, die Arme. Denk dir nur, sie hat geheiratet, jetzt, da das Geld in Strömen geflossen ist! Eine solche Gans!"

Mangi kam auch schon, wurde von Lola mit größter Herzlichkeit umarmt.

„Pa" — lächelte Fifi gnädig — „ich geh' gerade! Es tut mir leid, ich hätte Sie gerne im Auto mitgenommen, doch eile ich, muß mich noch umkleiden. . . Wie gut Sie ausschauen, Mangi! Wie herzig dieser Hut ist, wie fesch! Na, pa Kind, Servus Loli, viel Glück! Wenn du etwas brauchst, laß es mich nur wissen, mein Colonel setzt für mich alles durch, du weißt ja, alles, was ich will. Alles!"

Da Fifi fortgetrippelt war, fächelte Mangi hinter ihr die Luft fort.

„Pfui, pfü! Ich kann nicht einmal ihren Geruch ertragen . ."

Mangi war eine ernste Frau; sie war bereits einmal in einer Ausstattungsoperette aufgetreten und es verband sie eine verhängnisvolle Freundschaft mit Librettisten, der ein verbittertes Genie war, ein Kartenspieler und Trunkenbold, der bis zur Stunde das große Stück, das Einschlagen und Mangi ungeheuer viel Geld und eine prachtvolle Rolle bringen wird, bloß versprochen hatte. Mangi wartete unerschütterlich auf den großen Schlager, und das arme Kind ließ sich die günstigen Gelegenheiten entgehen, die Freundschaft von Theaterdirektoren, Regisseuren und Kapellmeistern, die Anträge von Armeelieferanten und so verdiente sie denn auf bitter schwere Art kleine Gelder, stopfte mit diesen die Taschen des Librettisten voll. . . . Eine dumme Gans — sagten von ihr die Freundinnen, die aber dennoch erkannten, daß von ihnen Mangi über die Dinge der Welt das meiste wisse. — „Na ja" — sagte sie — „der Poldi schwätzt ihr mit allem den Kopf voll, denn der Poldi ist, wenn er betrunken ist, sehr klug."

„Was sagst du dazu?!" Lola setzte Mangi neben sich.

„Liebste, ich kann mich bloß freuen."

„Aber das ist ja entsetzlich! Wir werden Bettler sein!"

„Nein, Liebste, wir werden bloß alle arbeiten müssen. Weißt du, jeder, der arbeitet, hat das gleiche Recht auf Leben. Dies ist herrlich. Und weißt du, nachher. . . ."

„Was du nicht sagst! Wie interessant. . . ."

„Jawohl, der Poldi sagte es mir, du kannst dessen gewiß sein. Alle werden Proletarier sein, wir sind es ja auch, nicht? Hatten immer nur gearbeitet, und was haben wir davon? Elend."

„Wie klug du bist!"

„Aber über eins freue ich mich. Weißt du denn, wie ich mich über diese kommunistische Welt freue? Ich bin glücklich! Weshalb? Denk dir nur, diese vielen Maitressen werden jetzt alle verschwinden, werden keine so großen Damen sein! Es wird keine Maitressen geben! Futsch. Die Kavaliere können harken gehen. Alle müssen arbeiten. Für Seidenstrümpfe, Fetzen, Firlefanz wird es kein Geld geben. Weißt du, der Poldi, der ist ein Kopfarbeiter, der wird mit seinem Kopf arbeiten. Aber diese kleinen Huren, womit sollen die arbeiten? Und die Kavaliere? Worauf verstehen sich die? Auf nichts. Aufs Geldausgeben. Nun können sie Straßenkehrer werden. Können von ihrem Verdienst einen Seidenschmarrn kaufen! Na freilich! Ich bin so glücklich, wenn ich daran denke, wie diese verfaulten Katzen in die Fabrik gehen werden. Weißt du, ich bin eine begeisterte Kommunistin bisher!" — und sie zeigte auf den Deckel ihres vorjährigen Hutes.

Lola betrachtete Mangi staunend, mit kindlichen Augen und seufzte leise. Ihre schönen Kleinmädchenaugen entschweiften in Nichts, über ihr schmales Gesicht liefen große Tränen, mit glänzenden Rollen.

Doch lachte sie im Nu auch wieder. Zuerst lachten ihre Augen, zwischen den feuchten Lidern, dann lachte auch ihr Mund, und sie fuhr hurtig in die Höhe, warf sich Mangi an die Brust! Plötzlich, als wäre sie sich selbst darüber nicht im klaren, ob alldies einen Sinn habe, wimmerte sie mit girrendem Lachen:

„Ach ich bedaure die Armen sehr . . . sei mir nicht böse, gelt, ich bin eine Närrin?"

„Und was für eine! Bist noch immer ein — Jardin-Mädchen."

„Ja! Das bin ich, nicht wahr?" — jauchzte sie närrisch, mit kindischer Freude.

(Fortsetzung folgt.)

Die Teuerung in Ziffern.

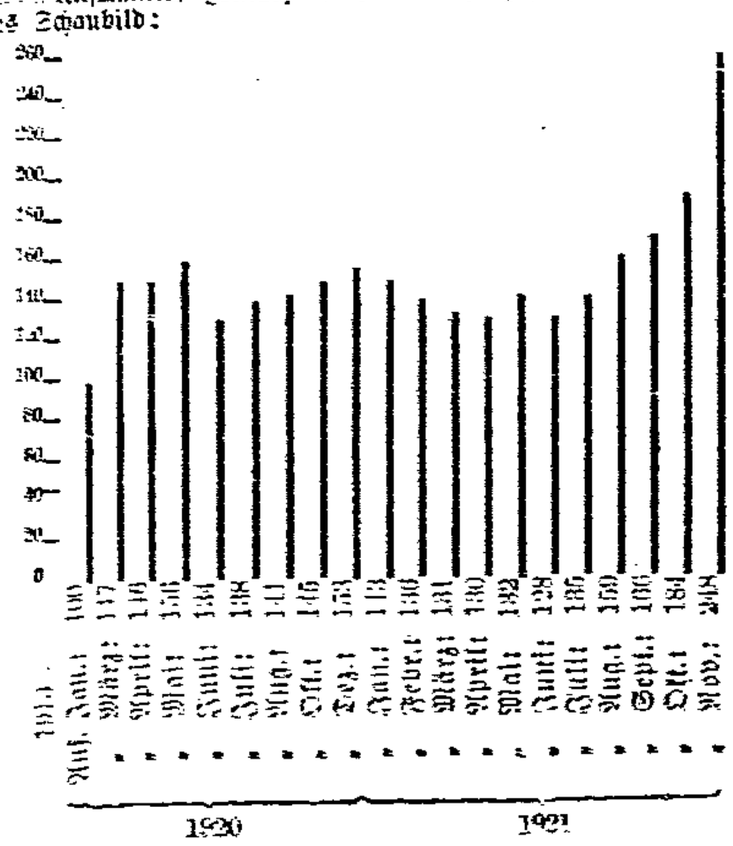
Die Entwertung der deutschen Mark, die für den Industriekapitalisten eine Steigerung des Exports, eine neue Welle des deutschen Ausverkaufs bedeutet, vergrößert den Warenmangel im Inlande ungeheuerlich. Zweifellos wird allmählich die Differenz zwischen dem Inlands- und dem Auslandswert der deutschen Mark ausgeglichen werden. Am Dollar gemessen, beträgt der Markwert heute 1,4 Pfennig, im Inlande dagegen auf Grund der Statistik des Existenzminimums noch etwa 8 Pfennig. Die ungeheuerlichen Preissteigerungen der letzten Wochen sind also nur der Anfang dessen, was die werktätige Bevölkerung Deutschlands in den kommenden Wochen und Monaten noch zu erwarten hat.

Baumwolle, Getreide, Nahrungsmittel aller Art sind auf dem Weltmarkt teilweise ganz bedeutend im Preise herabgegangen. In Deutschland war von dieser Preissenkung nichts zu verspüren. Es beträgt im Gegenteil der Preis für eine Tonne Weizen einschließlich Fracht, für die man im August 1921 4000 M. zahlte, heute mindestens 10 000 Mark. Ein Kilogramm Gummi kostete in Hamburg im August 24, heute 40 Mark. Baumwolle stieg von 18½ Mark im April auf 104 Mark am 5. November. Die Preise für diese Waren, die im Inland so emporgeschnellt sind, sind, wie schon gesagt, auf dem Weltmarkt gesunken. Die Währungskatastrophe isoliert gleichwohl die Bevölkerung Deutschlands vollkommen vom Weltmarkt. Schon heute können Getreide- und Futtermittel und andere Dinge für den Inlandsbedarf nicht mehr importiert werden. Importiert werden nur noch Waren, die die deutsche Fertigindustrie „veredelt" und alsdann exportiert.

Inwieweit im Inlande die Preise sich bereits der Markentwertung angeglichen haben, darüber gibt die „Frankfurter Zeitung" vom 6. November eine erschreckende Uebersicht. Danach zeigt der Index für die Großhandelspreise folgendes Bild:

	I. Lebensmittel	II. Textilien u. Leder	III. Mineral. (Kohle usw.)	IV. Verschiedenes	V. Gesamtindex
Friedensindex	11.58	9.67	7.15	12.0	9.23
Januar 1920	160	100	100	100	100
Januar 1921	154	97	120	189	148
Juli 1921	145	79	115	191	135
September 1921	211	96	125	193	166
Oktober 1921	227	129	151	208	184
November 1921	317	168	210	251	248

Anschaulich gemacht werden diese Ziffern durch folgendes Schaubild:



Nach dieser Tabelle beträgt also die Steigerung der Preise für

Lebensmittel	das 28fache	
Textilien und Leder	„ 16	„
Mineralien (Kohle usw.)	„ 30	„
Die übrigen Waren	„ 21	„
Insgesamt	„ 27	„

Dabei ist zu beachten, daß im Kleinhandel diese Preissteigerung vielleicht noch nicht überall eingetreten ist. Aber selbst das Anschwellen der Preise im Großhandel hat seine Grenze noch längst nicht erreicht.

Diese trocknen Zahlen sprechen eine erschütternde Sprache über die Verelendung der breiten Massen. Nicht nur der Handarbeiter, auch der Angestellte, der kleine und mittlere Beamte, der kleine Rentner, der kleine Landwirt weiß nicht, wie er seinen notwendigsten Bedarf decken soll. Haben doch die Löhne und Gehälter mit dieser Preisentwicklung auch nicht annähernd Schritt gehalten. Die Kluft zwischen dem Wert des Reallohnes und den Preisen der wichtigsten Bedarfsartikel wächst von Woche zu Woche. Beträgt der Lohn des Arbeiters selbst — und das wird nur für sehr wenige Kategorien gelten — das 15fache seines Friedenslohnes, so kann er, da die Preise im Durchschnitt seit 1913 nach den Angaben der „Frankfurter Zeitung" fast um das 28fache gestiegen sind, sich nur noch die Hälfte dessen leisten, was er im Frieden kaufte.

Diese Tatsachen zeigen, wie unbedingt Lohnkämpfe heute im Lebensinteresse der Arbeiter und Angestellten liegen. Sie zeigen, daß beispielsweise eine Lohnerhöhung um 20 oder 30 Prozent noch nicht das wettmacht, was der Arbeitslohn allein im Oktober 1921 an Wert verloren hat.

Diese Entwicklung der Preise zeigt aber zugleich, daß mit Lohnkämpfen allein der werktätigen Bevölkerung noch nicht geholfen ist, es sei denn, daß diese Lohnkämpfe sich Monat um Monat in allen Betrieben wiederholen, denn an einen Stillstand in der Preisentwicklung ist überhaupt nicht zu denken. Die Waren werden vielmal teurer werden müssen, wenn sie sich den heutigen Weltmarktpreisen angleichen wollen, den Weltmarktpreisen, die in Mark berechnet infolge der unausgesetzten Entwertung der Mark ununterbrochen weiter steigen. Dieser Entwicklung wachsender Verelendung einen Riegel vorzuschieben, liegt aber durchaus in der Hand des Proletariats, wenn es die organisierte Macht seiner Gewerkschaften mobil zu machen versteht. Mit der Einsetzung von Wuchergerichten und dem Verbot der Börsenspekulationen ist solange nichts getan, als währenddessen der Ausverkauf Deutschlands ungehemmt weitergeht. Das deutsche Proletariat, das alle zu exportierenden Artikel erst schafft, ist die einzige Macht, die den Schleuderexport verhindern kann, wenn es sich Kontrollorgane über Produktion, Export, Verteilung und Preisregulierung schafft und hinter diesen Kontrollorganen der Wille der gesamten werktätigen Bevölkerung steht. Dies überall durchzusetzen ist Pflicht des Augenblicks.

Die Opfer der weißen Justiz und die „Rote Hilfe."

Das deutsche Proletariat erinnert am 9. November die bürgerliche Welt durch gewaltige Demonstrationen daran, daß vor drei Jahren die Macht in seinen Händen war. Wiederum wird die Straße widerhallen vom dröhnenden Tritt der Arbeiterbataillone, die zu Hunderttausenden aufmarschieren werden und zeugen von der Kraft und Unüberwindlichkeit der Arbeiterklasse. In Hunderttausenden von Proletarierherzen wird in diesen Tagen wieder heiß der Gedanke an die Befreiung des Proletariats leben, der Glaube an den Sieg der Arbeiter gepflanzt werden, trotz aller Kämpfe, trotz aller Opfer. Denn groß sind die Opfer der vergangenen drei Revolutionsjahre gewesen. Unzählige Tote der besten unserer Klasse bezeichnen den Weg des Proletariats. Ueber 20 000 Tote ist das Fazit der Kämpfe während der letzten drei Jahre. Arbeiter und Klassengenossen, zu derselben Zeit, wo diese großen und gewaltigen Demonstrationen erfolgen, ertönt aus den Zuchthäusern und Gefängnissen der Schrei von Tausenden von unseren Klassengenossen, die Opfer des Weißen Terrors geworden sind, ertönt auch der Ruf der Familien, der Kinder, der Angehörigen der Inhaftierten, der Ruf um Hilfe für diese unschuldigen Opfer der Reaktion. Diese Tausende von Arbeitern aller Parteirichtungen, welche ihr Bestes hingaben für die Beseitigung der Reaktion, dieser verfluchten Gesellschaftsordnung. Und dieser Schrei der Hunderttausende, der will euch sagen: „Arbeiter und Klassengenossen, Brüder, vergeßt uns nicht, die wir hinter den dunklen Mauern schmachten, fordert auch in diesen Tagen die Freilassung der politischen Gefangenen!

Arbeiter und Klassengenossen!

Die Rote Hilfe hat für diese Opfer des Weißen Terrors ungeheuer Großes geleistet. Die Arbeiter aller Parteirichtungen haben ihr Scherflein dazu beigetragen, um das Elend unserer Klassengenossen zu lindern. Groß war die Opferwilligkeit aller Proletarier, besonders aber die Opferwilligkeit unserer Berliner Arbeiter. Außer den großen Summen, die im gesamten Reich aufgebracht wurden, sind in Berlin allein 433 820 Mark in der Zeit vom April bis September gesammelt worden. Außer diesen Sammlungen an barem Geld hat die Arbeiterschaft von ihren wenigen Habseligkeiten noch Kleidungsstücke und Nahrungsmittel gesammelt. Trotzdem müssen wir wiederum appellieren an Euch, Arbeiter und Klassengenossen, beizutragen für die Rote Hilfe, zur Unterstützung der politischen Gefangenen und deren Angehörigen.

Arbeiter und Klassengenossen! Die Unterstützung der Roten Hilfe wird laut dem Tätigkeitsbericht, der veröffentlicht wurde, an alle Opfer der Weißen Justiz, ohne Unterschied der Parteirichtung gezahlt. Arbeiter, sorgt dafür, daß die Basis dieser Roten Hilfe vergrößert wird, indem Ihr Eure Parteileitungen zwingt, in das Komitee der Roten Hilfe einzutreten. Trotz unserer Aufforderung an die SPD. und USPD., sich an der Roten Hilfe zu beteiligen, haben diese es bisher abgelehnt. Arbeiter, wir stehen wieder vor schweren Kämpfen, das Verlangen nach Einigkeit wird dringender, wir werden diese neuen Kämpfe gemeinsam führen müssen, wenn wir sie erfolgreich führen wollen, darum sorgt dafür, daß auch die Rote Hilfe eine Angelegenheit aller Parteien wird.

Arbeiter und Klassengenossen! Unzählig sind die Briefe, die uns geschrieben werden, worin die Familien unserer Gefangenen ihr Elend klagen, aber auch, wo sie sich bedanken für die gewährte Unterstützung. So schreibt die Frau eines Inhaftierten aus Neiße: „. . . . Ich bedanke mich herzlich für das schöne Geld, das Sie mir geschickt haben, meine Kinder und ich hatten schon zwei Tage nichts gegessen, diese Freude, als das Geld ankam. Von keinem Menschen bekomme ich was. Ostersonntag ist mein Mann eingesperrt. Ich habe beim Kaufmann 100 Mark Schulden, beim Bäcker 60 Mark, auf Brot 50 Mark, ich gebe nur 8 Mark Miete, soll jetzt 1,50 Mark mehr zahlen, ich bin schon den zweiten Monat schuldig. Mein armer Mann schreibt, bring mir was zu essen; aber, lieber, guter Herr, von was . . . . . Ich danke Ihnen sehr. Sie haben uns von dem Hungertode gerettet . . . ."

Und aus Danzig schreibt uns eine Genossin: „Ich teile Ihnen mit, daß ich bereits zweimal je 100 Mark erhalten habe. Spreche Ihnen meinen herzlichen Dank aus . . . . ."

Ein zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilter Genosse schreibt uns, daß die Gefangenen dort trotz aller Chikanen der Weißen Justiz den Mut und den Glauben nicht verlieren und fordert uns auf, in unserer Arbeit nicht zu erlahmen.

Arbeiter und Genossen! Daraus seht Ihr und müßt erkennen, daß wir verpflichtet sind, nicht zu erlahmen in unserer Werbekraft um die Mittel für die unglücklichsten unserer Klassengenossen aufzubringen. Also, Genossen, sorgt dafür, daß die Mittel für die Rote Hilfe wieder reichlich fließen, um die Not einigermaßen zu lindern. Und weiter bitten wir Euch, da jetzt die Wintermonate vor der Tür stehen, wenn es Euch möglich ist, auch Kleidungsstücke uns zu übermitteln.

Arbeiter, laßt diesen Ruf unserer Klassengenossen nicht ungehört verhallen, werbt und sammelt für die Rote Hilfe an allen Stellen, in allen Versammlungen, an allen Orten für die Unterstützung unserer Klassengenossen, für die Rote Hilfe.

Geldsummen sind abzuliefern an das Zentralkomitee der Roten Hilfe, Berlin C. 54, Postscheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 109 676.

Zur Stinnesierung der Duisburg-Ruhrorter Hafenanlagen.

Die Reichsregierung und die Preußische Regierung haben auf die Fragen des rechtssozialistischen Abgeordneten Hue mit je einem zweideutigen Dementi geantwortet. Im „Vorwärts" vom 5. November, abends, wiederholt demgegenüber Hue seine Angaben nochmals. Er teilt mit, daß die Verhandlungen über die Entstaatlichung der Duisburg-Ruhrorter Hafenanlage schon seit Januar 1921 im Gang sind. Im April stellte bereits das Kohlensyndikat 650 000 Mark zur Beteiligung an die geplante G.m.b.H. bereit. Dieser Bereitstellung stimmte der Beauftragte des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe, der oberster Verwaltungschef der Staatszechen ist, zu! Im Aufsichtsrat des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats sitzt nämlich dieser Regierungsvertreter!

Von großer Bedeutung ist die Feststellung Hues, daß die Duisburg-Ruhrorter Hafenanlage kein Defizitbetrieb ist, da sie heute keine Zuschüsse mehr nötig hat und da die Zuschüsse aus den Jahren 1918 und 1919 bereits durch Mehreinnahmen gedeckt sind. Das ist übrigens beim Plan der Stinnesierung der Eisenbahn insofern ähnlich, als hier auch trotz der Entwertung der Mark das Defizit im laufenden Jahre um etwa 4 Milliarden geringer ist als im vergangenen!

Zu dem Charakter der „vertraulichen Behandlung" der ganzen Frage schreibt Abgeordneter Hue folgendes:

„Sechs große kapitalistische Organisationen mit tausenden Mitgliedern kennen die Vorgänge, diskutieren darüber in ihren Vertretungen, stellen fast 4 Millionen Mark Beteiligungskapital bereit, aber der Landtag, die verfassungsmäßige Volksvertretung erfährt von dem Plan, einen außerordentlich wichtigen Teil des Staatseigentums unter privatkapitalistische Direktion zu stellen, nichts!"

Das Eisenkapital und Oberschlesien.

Aus der Generalversammlung der Phönix A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb.

Auf der Generalversammlung der Phönix A.-G. führte der bisherige Generaldirektor, Geheimrat Beukenberg, etwa folgendes aus:

„Die Lage auf dem Eisenmarkt ist zurzeit sehr gut. Augenblicklich herrscht nach Eisen eine stürmische Nachfrage. Vom Ausland wie vom Inland kommen massenhaft Aufträge. Bisher waren nur 8 von 13 Hochöfen in Betrieb. Jetzt werden noch einige weitere angeblasen, auch wird auf den Walzwerken eine dritte Schicht eingeführt und die Arbeiterzahl dadurch vermehrt werden können. Die heute geltenden Richtpreise werden nicht mehr lange gelten können, denn mit der fallenden Valuta wird der Erzbezug aus dem Ausland unausgesetzt teurer. Es ist daher fraglich, inwieweit der Inlandsbedarf noch wird gedeckt werden können.

Den Bedenken, daß durch die Abtrennung Oberschlesiens die Versorgung Deutschlands gefährdet würde, ist entgegenzutreten. Denn einmal wird Kohle und Eisen aus Oberschlesien weiterhin nach Deutschland kommen; die Genfer Entscheidung hat keine wirtschaftlichen Schranken für die ersten 15 Jahre errichtet. Und selbst wenn das nicht der Fall wäre, so würde die oberschlesische Produktion sehr leicht durch eine gesteigerte Inlandsproduktion, insbesondere in dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, ersetzt werden können."

Mit diesen Ausführungen hat Geheimrat Beukenberg offen zugegeben, daß das Geschrei der deutschen Bourgeoisie über Oberschlesien durchaus Schwindel war. Es ist angesichts dieser Tatsache eine unverschämte Lüge, den Sturz der deutschen Mark mit der Abtrennung Oberschlesiens zu begründen: das Industriekapital, das bei sinkender deutscher Währung die größten Profite macht und das aus der Zwangslage der deutschen Regierung sich immer bessere politische Bedingungen erschachert, weiß sehr wohl, daß es solche Lügen notwendig hat, um seine eigene Schuld am Marksturz zu verdecken.

Die Preiswelle.

Die Kartoffelnotierung betrug amtlich 75 bis 78 Mark für den Zentner im Großhandel. An der Börse vom 4. November mittags notierten (für einen Zentner) Weizen mit 370, Roggen mit 240, beide mit scharf steigender Tendenz.

Sommergerste, Hafer, Mais wurden überhaupt nicht angeboten. Weizenmehl wurde angeboten mit 9000 bis 10 000 Mark die Tonne, Roggenmehl mit 7300 bis 7800 Mark. Auch hierbei war die Tendenz vorhanden, noch weiter scharf zu steigen. Diese Preise sind teilweise die 35fachen Friedenspreise.

*

Die Metallpreise sind an der gestrigen Börse ungeheuer gestiegen. Für Kupfer von 4700 auf 5400 M. für 100 Kilo im Laufe der letzten 24 Stunden. Elektrolytkupfer (100 Kilogramm) stieg in der gleichen Zeit von 5880 auf 6720 M.

Drahtbarren stiegen (100 Kilogramm) von 8600 auf 9300 Mark.

Rindfleisch umsonst!

Was Kühe kosten.

Auf dem Stuttgarter Viehmarkt wird für Kühe 280 Mk. pro Zentner Lebendgewicht bezahlt. Es kostet also danach eine Kuh im Gewicht von 6 Zentnern sechs mal 280 Mk. = 1680 Mk.

Was Häute kosten.

Auf den letzten süddeutschen Häuteauktionen erzielten Kuhhäute im Gewicht von 60 bis 79 Pfund im Durchschnitt 27,15 Mark für das Pfund. Eine einzige Kuhhaut im Gewicht von 79 Pfund würde demnach 79 mal 27,15 Mk. = 2144,85 Mk. kosten.

Es geht aus diesen Angaben hervor, daß für die leere Kuhhaut 450 Mk. mehr gezahlt worden sind, als für die Kuh samt Haut. Man müßte annehmen, daß nunmehr das Fleisch nicht nur umsonst verteilt wird, sondern der Käufer noch eine beträchtliche Summe herausbekommt.

40 prozentige Kohlensteuer?

Wie die „DAZ." hört, soll bei der Reichsregierung der Plan bestehen, die Kohlensteuer weiter auf 40 Prozent zu erhöhen. Sie betrug bisher 20 Prozent und sollte jetzt auf 30 Prozent erhöht werden.

Die Kohlensteuer trifft natürlich nicht die Kohlenherren, noch auch die Industriellen, die Kohle verbrauchen. Sie wird restlos abgewälzt auf den Massenkonsum, sie erscheint in jedem Massenartikel, zu dessen Herstellung Kohle verwandt wurde. Sie belastet direkt den Hausstand des Arbeiters, Handwerkers usw. Die Kohlensteuer muß fallen!

Statt dessen soll sich das Reich an die unermeßlich reichen Kohlenbarone halten, es soll sich an den Bergwerken in einer Höhe beteiligen, daß es ihre volle Kontrolle in der Hand hat. Die Kohlenpreise müssen unter der Kontrolle der Arbeiterschaft und der Kleinhandwerker, Kleinbauern usw. stehen.

Arbeiter, denkt an Eure in den Zuchthäusern und Gefängnissen schmachtenden Brüder. Sammelt für die „Rote Hilfe".

Deutsch-russische Beziehungen.

Von Karl Radek.

Deutschland hat nicht nur große Teile seines Territoriums verloren. Es hat nicht nur einen Teil seines Eisenbahnparks verloren. Es hat auch jede politische Orientation eingebüßt. In allen Fragen tastet sich die deutsche Bourgeoisie vorwärts, wobei der einzige Impuls zum Denken Schläge sind, die sie kriegt. Kommen Schläge von unten, dann befaßt man sich mit dem Gedanken der Sozialisierung. Schweigt einstweilen der proletarische Acheron, so befaßt man sich mit der Abschaffung des Achtstundentages, als ob ein Staat in einer solchen Lage wie der deutsche sich irgendwie herausarbeiten könnte ohne Mitarbeit der Massen. Scharnhorst und Gneisenau wußten es nach Jena, daß ohne die Erleichterung der Lage der Bauern keine Wiederauferstehung Deutschlands möglich sei! Die deutsche Bourgeoisie, die sich vollständig in den Händen der Arbeitermassen befindet, kann sich nicht einmal zu einem Versuch tiefergreifender Reform entscheiden.

Geschlagen durch Foch hat die deutsche Bourgeoisie ein Wettkriechen vor der Entente begonnen. Ihre Fraktionen unterscheiden sich nur dadurch, daß die eine vor Frankreich, die andere vor England auf dem Bauche rutscht und die dritte einmal vor Frankreich und einmal vor England auf den Knien liegt. Ludendorff, der Kriegsheros, der sich wie ein aufdringlicher Bettler immer wieder der Entente als Bravo gegen Rußland anbietet, heute mit einem Fußtritt behandelt, morgen wieder durch den kleinsten Presselakaien oder Spione der Entente bei ihren Regierungen anklopft — kann man sich ein widerlicheres Bild einer Klasse denken, die immer noch den Mut hat, im Namen der deutschen Nation zu sprechen? Wenn Deutschland nicht imstande ist, die Entente herauszufordern — und das sie es zu tun nicht imstande ist, versteht jeder — so müßte es doch jeder deutsche Politiker einsehen, daß die Entente desto mehr mit Deutschland wird rechnen müssen, je stärker und je sachlicher die Position Deutschlands gegenüber Rußland sein wird. Dieses Problem steht vor Deutschland seit seiner Niederlage; und es wurde behandelt, als ob zwar alle Kühe nach Frankreich exportiert, aber alle Ochsen in Deutschlands Auswärtigem Amt geblieben wären.

Als Denikin, Koltschak und Judenitsch Sowjetrußland beranmten, wetteten alle Weisen in der Wilhelmstraße auf den Sieg der Weißen. Als sich die Karte zu wenden begann, war es Baron Malzahn, der russische Referent im Auswärtigen Amte, dem der Unsinn dieser Politik einzuleuchten begann. Der Baron von Malzahn ist — Gott behüte! — kein Jakobiner, Mitglied der hochfeudalen Borussenkorporation, eingeheiratet in die Mannheimer Fabrikantenfamilie Gruson; ein häufiger Gast der weißgardistischen russischen Salons der Gräfin Kleinmichel, war er natürlich nicht dazu prädestiniert, ein Schrittmacher der Annäherung an Sowjetrußland zu sein. Bei seinen ersten Schritten als Abteilungschef des Auswärtigen Amtes suchte ich ihm aus dem Moabiter Gefängnis heraus in der englischen Presse wegen seiner Machenschaften mit den russischen Weißgardisten die Hölle heiß zu machen. Nachdem aber Malzahn einsah, daß eine weißgardistische Regierung in Rußland sehr unwahrscheinlich ist, begann er Sowjetrußland gegenüber eine sachliche Politik zu treiben. Der Minister des Auswärtigen, Simons, obwohl auch kein großes Licht, stützte Malzahn und war bereit, während des Polenkrieges, als die Heere Sowjetrußlands vor Warschau standen, normale Beziehungen mit Rußland anzubahnen. Der Sieg Sowjetrußlands blieb aus. So begnügte sich Herr Simons damit, den Schatten der Entente zu spielen, ihre Bewegungen nachzumachen. Er schloß nur das Handelsabkommen mit Sowjetrußland ab, als ob er sagen wollte: Prügelt tüchtig die kapitalistischen Staaten, da werdet Ihr von ihnen anerkannt. Nachdem wieder Simons aus dem Amte ausgeschieden war, nahm seine Stelle Baron Rosen ein, ein guter Kenner Firdusis und des alten Sünder Hafis, ein Kenner Marokkos, aber sonst ein Mann, der den lieben Gott einen guten Mann sein läßt. Herr Rosen suchte der Entente ihren Willen an den Augen abzulesen, wobei seine Lage dadurch nicht leichter wird, daß die Entente sehr viele Augen hat.

Die Nachrichten von dem hungernden Rußland haben, wie bekannt, die Hoffnungen der Weißgardisten und der Interventionisten in allen Ländern belebt. Herr Rosen begann mit neuen Interventionen gegen Sowjetrußland zu rechnen. Wir wissen nicht, ob es auf seine Veranlassung geschah, daß der vielseitige Minister für Wiederaufbau, Herr Rathenau, der mich im Jahre 1919 sogar im Gefängnis besuchte, um über die Bedingungen der Wiederanknüpfung der Beziehungen zu Rußland zu verhandeln, daß Herr Rathenau in seinem Causeries in Wiesbaden Herrn Loucheur delikat zu verstehen gab, daß Deutschland seine Politik Rußland gegenüber sehr gern mit der französischen koordinieren würde. Wir wissen auch nicht, ob Herr Loucheur in Beantwortung dieser Sondierungsversuche ihn darauf aufmerksam gemacht hat, daß Briand in der Note vom 25. November 1920 Sowjetrußland darauf aufmerksam gemacht hat, daß im Falle der Anerkennung der russischen Schulden durch die Sowjetregierung die französische Regierung für die strikte Erfüllung des Paragraphen des Versailler Friedens eintreten wird, die zugunsten Rußlands gegen Deutschland gefaßt worden sind, was in schönem Französisch folgenden Wortlaut hat:

„Les clauses inseres dans le Traité de Versailles en faveur de la Russie doivent être strictement observés“

Jedenfalls hat eine Gruppe des Auswärtigen Amtes die Hoffnung nicht verloren, zusammen mit den Franzosen gegen Rußland aufzutreten. Die andere, die am englischen Strange zieht, hofft auf gemeinsame Aktionen mit Herrn Winston Churchill. Selig sind die Hoffenden, und in ihrer Seligkeit beginnen die Herren aus dem Auswärtigen Amte sich wie das bekannte Tier im Porzellanladen zu benehmen. Baron Malzahn mußte dank den Intrigen im Auswärtigen Amte seinen Platz quittieren. Er soll die Treppe hinunterfallen sein auf den Posten des diplomatischen Vertreters in Griechenland. Zum Leiter der russischen Abteilung wurde Herr Berend ernannt, der [illegible] und in Sympathie für die russischen Weißgardisten gearbeitet hat und von Politik ungefähr soviel versteht wie die frühere chinesische Kaiserin von der Danteschen Philosophie. Als Vertreter Deutschlands zur Brüsseler Konferenz wurde der brave Dr. Hausschildt entsandt, der deutscher Generalkonsul in Moskau im Jahre 1918 sein Interesse für Deutschlands und Rußlands wirtschaftliche Entwicklung durch illegale Ausfuhr russischer Kostbarkeiten und dadurch, daß er den deutschen Auswanderern der Rubel zu viel niedrigeren Sätzen, als sie auf der deutschen Börse bezahlt wurden, abnahm, dokumentierte. Diese kleine aber nette Kompagnie wird natürlich alles tun, um die deutschen wirtschaftlichen, geschweige denn die politischen Beziehungen zu Sowjetrußland zu sabotieren. Wir stellen diese Tatsache öffentlich fest, damit die deutschen Arbeiter und die Kreise in Deutschland überhaupt, die die Bedeutung der Beziehungen Deutschlands zu Sowjetrußland verstehen, gewarnt sind und danach schauen, daß in der Abwesenheit eines Wirbes — der Reichskanzler Wirth möge es uns verzeihen — in dem alten Gebäude in der Wilhelmstraße die Mäuse nicht zu sehr tanzen. Das Gewebe der deutsch-russischen Verhältnisse ist zu schwach, als daß es nicht zerrissen werden könnte und Mäusedreck wäre in der Lage Deutschlands ganz gewiß ein schlechtes Resultat [illegible]

Die Sowjetregierung und die zaristischen Schulden.

Wortlaut der Note Tschitscherins an die englische Regierung.

Die Note des Genossen Tschitscherin an die englische Regierung bezüglich der Anerkennung der Zarenschulden hat folgenden Wortlaut:

Die Brüsseler Konferenz.

Uebereinstimmend mit den Ankündigungen in der westeuropäischen Presse hat die Brüsseler Mächtekonferenz zur Bedingung, Rußland mit Krediten zur Bekämpfung der Hungersnot zu helfen, von der russischen Regierung die Anerkennung der Schulden der ihr vorausgegangenen Regierungen verlangt. Bis jetzt hat die russische Regierung keine Mitteilung über die Beschlüsse der Konferenz erhalten. Die russische Regierung hat aber trotzdem beschlossen, angesichts der hungernden Bevölkerungsmassen,

von den Spitzfindigkeiten der diplomatischen Etikette abzusehen

und es für ihre unbedingte Pflicht gehalten, sofort ihren Standpunkt zu den Brüsseler Entscheidungen mitzuteilen.

Kredite für die Hungernden.

Herr Lloyd George, der englische Ministerpräsident, nannte es in seiner Rede vom 16. August d. J. im englischen Parlament „eine teuflische Absicht“, daß man vorschlage, Vorteil aus dem russischen Hunger zu ziehen und Rußland zu zwingen, die zaristischen Schulden anzuerkennen. Das hat die Brüsseler Konferenz, die sehr wohl darüber informiert war, daß die Ausdehnung der Hungersnot der Sowjetregierung unmöglich mache, aus eigener Kraft die unglückliche Bevölkerung zu retten, nicht abgehalten, der Sowjetregierung die Anerkennung der alten Schulden als Bedingung aufzuerlegen, wenn ihr Kredite eröffnet werden sollten, ohne die eine ernstliche Hilfe für die Hungernden unmöglich ist.

Die russische Regierung lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeitermassen aller Länder und aller Bürger, denen die Interessen der Menschlichkeit teuer sind, auf dieses Verhalten der Brüsseler Konferenz und erklärt gleichzeitig, daß das Ansinnen, unter gewissen Bedingungen die alten Schulden anzuerkennen, gegenwertig ihren eigenen Absichten entspricht.

Sowjetrußland und die kapitalistischen Länder.

Seit dem Anfang ihres Bestehens hat die Sowjetregierung als eines der Hauptziele ihrer Wirtschaftspolitik die Zusammenarbeit mit anderen Mächten angestrebt. Sie hat sich immer wieder bereiterklärt, solchen ausländischen Kapitalisten bereitwilligst entgegenzukommen, die mithelfen wollten, die natürlichen Reichtümer Rußlands zu verwerten und seinen Wirtschaftskörper wieder in Gang zu setzen. In den öffentlichen Erklärungen des Präsidenten der Republik der Vereinigten Staaten sowohl wie der englischen Minister findet sie den Gedanken ausgesprochen, daß

drei Jahre nach Beendigung des Weltkrieges noch immer kein wirklicher Frieden

eingetreten sei, daß das Elend der Bevölkerungsmassen mehr und mehr sich steigert, daß die öffentlichen Schulden anwachsen, und daß der Ruin ständig um sich greife.

Es ist vollkommen gewiß, daß man nicht an die Wiederherstellung eines allgemeinen Friedens ohne Rußland und seine 130 Millionen Einwohner denken kann. Es ist unmöglich, dem Zusammenbruch ohne Hilfeleistung für Rußland entgegenzutreten.

Das dringendste Weltproblem der Beziehungen anderer Länder zu Rußland kann nicht ohne Verständigung mit der Sowjetregierung gelöst werden. Angesichts der dauernden Interessen und der beständigen Bedürfnisse aller Länder und aller Völker ist der Aufbau Rußlands eine unbedingte Notwendigkeit: **nicht nur für Rußland selbst, sondern auch für alle anderen Länder.**

Der Mangel wirtschaftlicher Beziehungen mit den anderen Ländern aber macht den Wiederaufbau Rußlands zu einer äußerst schwierigen Aufgabe, deren Lösung viel längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Die Arbeiter- und Bauernregierung ist besser als irgend jemand in der Lage, diese Aufgabe auszuführen.

Sowjetregierung und Konzessionen.

Die egoistischen Interessen von einzelnen Kapitalistengruppen halten sie nicht ab, das allgemeine Wohl im Auge zu behalten. Die Interessen der Volksmassen, die letzten Endes diejenigen der Gesellschaft ausmachen, sind, die die Arbeiter- und Bauernregierung vertritt. Nachdem sie sich selbst die Vertretung dieser Interessen der arbeitenden Bevölkerung Rußlands zum Ziel setzt, bietet die Arbeiter- und Bauernregierung, die siegreich aus den unsagbaren Prüfungen des Bürgerkrieges hervorgegangen ist, der privaten Initiative und privatem Kapital die Zusammenarbeit mit der Macht der Arbeiter und Bauern zum Zweck der Nutzbarmachung der natürlichen Reichtümer Rußlands an. Die Sowjetregierung hat den freien Handel und das Privateigentum in kleinen Unternehmungen, sowie das Recht auf Konzessionen und das Pachtrecht für Großbetriebe wiedereingeführt.

Die Sowjetregierung gibt dem ausländischen Kapital rechtliche Sicherheiten und eine ausreichende Profitrate, um ihre Interessen zu befriedigen und um sie dazu zu gewinnen, am wirtschaftlichen Aufbau Sowjetrußlands teilzunehmen. In dieser Hinsicht sieht sich die Sowjetregierung nach Wirtschaftsbeziehungen mit allen Mächten um. Deshalb ist es vor allem unerläßlich, daß endgültiger Frieden zwischen Rußland und den anderen Staaten geschlossen werde.

Die Anerkennung der Schulden.

Die Sowjetregierung erklärt, daß nach ihrer innersten Ueberzeugung kein Volk moralisch genötigt sei, Schulden zu zahlen, die ihm während langer Jahrhunderte als Ketten auferlegt wurden. Aber gemäß ihres festen Entschlusses, mit den anderen Mächten zu einer Uebereinstimmung zu kommen, ist die Sowjetregierung zu vielen wichtigen Konzessionen bereit. Am meisten Beachtung verdient die Forderung der zahlreichen kleinen Besitzer der russischen Anleihen, besonders in Frankreich, für die die Anerkennung der russischen Schulden ein wirkliches Interesse bedeuten.

Aus diesen Gründen erklärt sich die russische Regierung selbst bereit, mit Rücksicht auf andere Staaten und deren Bürger, die Obligationen der Staatsanleihen, die von der zaristischen Regierung vor 1914 ausgegeben wurden, unter einer gewissen Reserve mit besonderen Bedingungen anzuerkennen, wenn Erleichterungen gewährt werden, die die Einhaltung der Verpflichtungen möglich machen. Es versteht sich von selbst, daß die unbedingte Voraussetzung dieser Haltung ist, daß die Großmächte sich gleichzeitig verpflichten, bedingungslos alle Handlungen einzustellen, die die Sicherheit der Sowjetrepublik und der befreundeten Republik des Fernen Ostens, ebenso wie ihre Hoheitsrechte und die Unantastbarkeit ihrer Grenzen bedrohen, und ohne Einschränkung das Prinzip ihrer vollen Souveränität und territorialen Integrität anzuerkennen.

Friedensschluß, Anerkennung, internationale Konferenz.

Mit anderen Worten: Die Sowjetregierung kann die Verpflichtung nur auf sich nehmen, wenn die Großmächte mit ihr endgültig Frieden schließen und wenn sie von den anderen Mächten anerkannt wird. Im Hinblick darauf schlägt die russische Regierung vor: die

sofortige Einberufung einer internationalen Konferenz,

die die Erklärungen der Mächte gegen Rußland, ebenso die Erklärungen der russischen Regierung an diese Mächte untersuchen soll, um dann einen endgültigen Friedensvertrag auszuarbeiten. Nur eine solche Konferenz kann eine allgemeine Beruhigung hervorbringen.

Der 7. November.

Der kommende vierte Jahrestag ihres Bestehens wird überall die Tatsache beweisen, daß die Anstrengungen ihrer zahllosen heimischen Feinde nur dazu gedient haben, die Arbeiter- und Bauernregierung als treue Verteidigerin und Vertreterin der Interessen der arbeitenden Massen von ganz Rußland und der Unabhängigkeit des Landes zu festigen. Die

neuen Angriffspläne

gegen die Sowjetregierung, deren Ernsthaftigkeit durch zahlreiche Erklärungen in den inspirierten Presseorganen der Ententeländer bestätigt wird, wird nur dazu dienen, das unzerreißbare Band zwischen den arbeitenden Massen Rußlands und der Arbeiter- und Bauernregierung, der Vertreterin ihres Willens, zu festigen. Die Verwirklichung dieser Absichten aber würde wieder dazu beitragen, die Leiden der arbeitenden Massen Rußlands zu verlängern, die vollständige Wiederherstellung Rußlands zu verzögern und gleichzeitig den Interessen aller anderen Völker einen schweren Schlag zu versetzen.

Der Vorschlag, den die Sowjetregierung macht, ist der beste Beweis ihres Wunsches, mit allen Staaten zum Frieden und zu guten wirtschaftlichen Beziehungen zu kommen, ein Wunsch, den nichts zu stören imstande sein wird. Die Verwirklichung dieses Vorschlages entspricht den Interessen aller Regierungen und aller Völker. Die russische Regierung gibt der festen Hoffnung Ausdruck, daß ihr Vorschlag baldigst durch den endgültigen Abschluß von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Rußland und den anderen Staaten gefolgt sein mögen.

(gez.) Der Volkskommissar des Aeußeren.
Tschitscherin.

Der neue Angriff auf Sowjetrußland.

Der Korrespondent des „Daily Herald“ ins Moskau meldet seinem Blatt: Die polnische Militärpartei hat einen neuen Versuch gemacht, um den Frieden zu stören. Eine Petljura-Armee, die aus Polen kam, hat mit Hilfe der polnischen Militärbehörden die ukrainische Grenze überschritten und Jusatyn und Gorodow genommen. Eine Schlacht bei Kamenetz-Podolsk ist im Gange. Die Absicht der Angreifer ist, sich der Eisenbahn zu bemächtigen und gegen Kiew vorzurücken. Neue weißgardistische Kräfte sind aus Polen im Anmarsch.

„Daily Herald“ bemerkt dazu, daß dieses neue Unternehmen der Gegenrevolutionäre genau dem Plan entspricht, der von dem englischen sozialistischen Blatt bereits im September enthüllt worden ist. Schon damals hatte man beschlossen, die Petljura-Banden, gut versehen mit französischer Munition, in die Ukraine zu werfen. So sollte die Sowjetregierung [illegible] gehindert werden, aus der verhältnismäßig gut mit Nahrungsmitteln versehenen Ukraine Hilfe für die Hungergebiete zu [illegible]

Aus dem Waldenburger Revier.

Kommunistische Partei Deutschlands.

Unterbezirk Waldenburg.

Am Sonntag, 13. November 1921, vormittags 9 Uhr, im Schützenhaus zu Gottesberg:

Unterbezirkskonferenz.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht, Sekretär Gen. Melzer.
2. Bericht vom Bezirksparteitag, Gen. Müller.
3. Unsere Aufgaben in den Gewerkschaften und Betrieben, ein Vertreter der Zentrale.
4. Verschiedenes.

Genossen, Ihr wollt entschuldigen, daß diese Konferenz so schnell einberufen wird. Da aber im Sekretariat ein Wechsel stattgefunden hat, ist die Konferenz unbedingt notwendig. Jede Ortsgruppe muß unbedingt vertreten sein, da uns wichtige Aufgaben bevorstehen.

Mit kommunistischem Gruß! Die Unterbezirksleitung:
I. A.: Franz Melzer, Sekretär.

Weißstein. Ein recht liebenswürdiger Mensch ist der Steiger a. D. Schäfer von hier. Auf jede unanständige Art und Weise denunziert er seine Mitmenschen bei der Grubenverwaltung. Wenn er auch dabei nicht immer den Schlauen spielt. Unter anderem meldete er dieser Tage eine Kriegerwitwe, weil sie wertlose Dichtungsabfälle, welche sonst dem Kehricht anheimfallen, ihren Kindern zum Spielen mitbrachte. Hoffentlich erhält dieser saubere Herr für seine echt christlichen Handlungen auch mal den verdienten Lohn.

Aus der Provinz.

Der Bezirksparteitag.

Am Sonntag, dem 6. November, fand in Liegnitz der Bezirksparteitag der KPD.-Bezirke Schlesien statt.

Als Tagesordnung wurde festgesetzt:

1. Bericht der Bezirksleitung.
2. Neuwahlen.
3. Die politische Lage. Referent: Gen. Schmidt.
4. Zeitungsfrage.
5. Jugendfrage.
6. Verschiedenes.

Als Vorsitzende werden gewählt die Genossen Melzer-Waldenburg und Schuster-Breslau, als Schriftführer die Genossen Konsche-Freiburg und Geisler.

Den Bericht der Bezirksleitung erstattet Gen. Hamann. Er weist auf die Schwierigkeiten hin, die der KPD. in Schlesien besonders entgegenstanden durch die Verfolgung der Polizei, durch das Hand-in-Hand-arbeiten der militärischen Geheimorganisationen mit den Organen der Republik. Die KPD. hat sich nicht irre machen lassen in ihrem Kampfe gegen die Ausbeuter und gegen die monarchistischen Konterrevolutionäre. Insbesondere in der oberschlesischen Frage hat sich die Partei leiten lassen von dem Gedanken, daß diese Frage entgültig nur gelöst wird vom Proletariat selbst. Daß sich die Proletarier losmachen müssen von der nationalistischen Verhetzung deutscher und polnischer Kapitalisten. Die KP. hat dementsprechend beim Aufmarsch der Orgesch und des Selbstschutzes, anläßlich des letzten Aufstandes etwa 140 öffentliche Versammlungen abgehalten, um die Arbeiter auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die nicht nur dem oberschlesischen Proletariat, sondern auch ihnen selbst durch diese Horden droht. Ein Erfolg war, daß die Arbeiter Selbstschutzorganisationen bildeten, die aber dank der schwankenden Haltung der SPD. und der Gewerkschaften ins Wasser fielen.

Jetzt stehen wir so im Bezirk. Das Bestreben, an die Massen heranzukommen, insbesondere an die Massen der SPD., habe die Parteigenossen veranlaßt, die Arbeit insbesondere auf die Arbeit in den Gewerkschaften, in den Gruben, Betrieben und in der Landwirtschaft zu verlegen. Die Erfassung von Massen bedingt, daß wir selbst erst einen aufnahmefähigen Funktionärkörper schaffen. Unsere Organisation muß vor allem so aufgebaut sein, daß sie allen Stürmen der kommenden Zeit gewachsen ist.

In der Diskussion sprach zunächst Gen. Scholze-Waldenburg. Die KPD. müsse aus sich selbst heraus groß werden. Bei den verschiedenen Spaltungen sind in den rechts stehengebliebenen Teilen die um ihre Posten bangenden Führer, Sekretäre und Redakteure hängen geblieben. Die Stärke der SPD. beruhe insbesondere darauf, daß sie in fast jeder kleinen Stadt entweder einen der ihnen anhängenden Gewerkschaftsbeamten oder einen eigenen Arbeiter- oder Parteisekretär haben. Um bei uns den Mangel an Kräften wett zu machen, ist es notwendig, daß wir in systematischen Kursen einen Stamm von Genossen schaffen, der weiß, was er will. Wenn die Partei für die Betriebsräte Kurse veranstaltet, dann müssen auch die Genossen vollzählig erscheinen. Die Kommunisten in Schlesien müssen sich und ihre Kollegen frei machen noch von mancher kleinbürgerlichen Einstellung. Die Vereinsmeierei treibt besonders hier noch die tollsten Blüten. Es muß Grundsatz werden, bei jeder Versammlung eine Tellersammlung für die Deckung der Unkosten und für die Rote Hilfe oder Sowjetrußland zu veranstalten. Die Betriebsfraktionen dürfen nicht mehr nur auf dem Papier stehen. Es ist zehnmal schwieriger aber auch wichtiger, daß unsere Genossen dem Vorgesetzten oder Unternehmer gegenüber mit Festigkeit die Interessen ihrer Kameraden vertreten, als in der Oeffentlichkeit oder Mitgliederversammlungen den starken Mann zu markieren. Durch diese systematische Kleinarbeit schaffen wir die Voraussetzung für eine große, starke Partei.

Obst-Kotzenau spricht gegen die Erhöhung der Beiträge.

Hilber-Grünberg wünscht mehr Zuverlässigkeit in der Vorbereitung von Versammlungen.

Zelelsky-Petersdorf betont, daß die Erhöhung der Beiträge die Grundlage schaffe für eine eigene Finanzierung des Bezirks. Die Selbstfinanzierung mache uns frei von den Zuschüssen aus stärkeren Bezirken, und mehr Selbstbewußtsein verleihe und müsse deshalb gern getragen werden.

Schmidt (Zentrale) sagt, daß für die Landarbeiter auf der Sitzung des Zentralausschusses eventuell ein besonderer Beitrag festgesetzt wird. Die Zentrale werde dann keine Sekretäre mehr „schicken", wenn der Bezirk aus sich selbst welche finde. Der Beitrag sei festgesetzt auf dem Jenaer Parteitag. Sie haben keine Rotationsmaschine, um Geld herzustellen. Die Zuschüsse müssen abgebaut werden und bald aufhören. Die Ueberschüsse aus besseren Bezirken müssen zu anderen Dingen verwandt werden. Die Ortsgruppen müssen mit den Tagesfragen so verwachsen sein, daß sie jederzeit eine „auloktroyierte" Versammlung abhalten können.

Durch die Abtrennung eines Teils von Oberschlesien kommt jedenfalls der bei Deutschland verbleibende Teil zum Bezirk Schlesien, während der Bezirk um Görlitz an die Nieder-Lausitz fällt.

Er schlägt vor einen Bezirkssekretär, einen Sekretär für den Unterbezirk Waldenburg, einen für Liegnitz und einen für Gleiwitz. Die Frage eines zweiten Bezirkssekretärs sei offen zu lassen.

Nachdem die Genossin Kuppka noch auf die Wichtigkeit der Arbeit unter den Frauen hingewiesen hat und Gen. Hamann ein kurzes Schlußwort sprach, wird auf Anraten des Vertreters der Zentrale der Antrag, einen monatlichen Extrabeitrag von 1 Mark obligatorisch zu erheben, abgelehnt.

Nach der Mittagspause werden die Wahlen vorgenommen.

Als 1. Bezirkssekretär und gleichzeitig als Vorsitzender der Bezirksleitung wird der Genosse Alfred Oelßner gewählt. Für den Unterbezirk Waldenburg wird als Sekretär Genosse Melzer, für den Unterbezirk Liegnitz als Sekretär Genosse Hamann gewählt. Als Sekretär für Gleiwitz wird jedenfalls der Genosse Jadasch-Gleiwitz, der den gemischtsprachlichen Verhältnissen gewachsen ist, beibehalten. Genosse Schuster arbeitet vorläufig als 2. Bezirkssekretär. Er soll später in die Redaktion der Zeitung aufgenommen werden.

Als Vertreter des Bezirks in den Zentralausschuß wird Genosse K. Riebel-Freiburg, als Ersatzmann Genosse Singermann-Breslau gewählt.

Genosse Zschocher berichtete über die Zeitungsfrage. Die Vorarbeiten, bei denen wir uns leiten ließen, zunächst eine eigene Zeitung für Schlesien zu bekommen, sind soweit gediehen, daß wir ab Anfang Dezember unsere Zeitung im Lohndruck in Breslau herstellen. Unser Bestreben muß sein, baldmöglichst eine eigene Druckerei zu bekommen. Wenn wir feststellen können, daß uns die letzte Werbewoche allein einen Zuwachs von 750 Abonnenten gebracht hat, berechtigt uns eine eigene, auf die schlesischen Verhältnisse zugeschnittene Zeitung, die das Rückgrat der Organisation sein muß, zu den besten Hoffnungen.

Gen. Gentsch sprach sich kurz darüber aus, wie in Zukunft der Charakter unserer Zeitung entschiedener beeinflußt werden müsse durch die Mitarbeit der Genossen und Genossinnen selbst. Dadurch, daß die Arbeiter selbst alle ihre Nöte und Wünsche, ihre Empfindungen in der Presse vertreten, wird die „Schles. Arbeiter-Zeitung" zum wirklichen Sprachrohr der Massen werden.

Der Parteitag geht weiter.

Geibsdorf. Agrarierfrechheit. Vor einigen Wochen erlaubte sich der Rittergutsbesitzer Baron von Knap auf Lichtenau eine Frechheit sondergleichen. Eine gewisse Frau Gerbe aus Lichternau hatte von dem früheren Besitzer des Gutes einen Morgen Land gepachtet. Das Vieh der Herrschaft vernichtete beim Austreiben auf die Weide das Kraut und die Kartoffeln der Frau Gerbe. Der Herr Baron, darüber zur Rede gestellt, gebärdete sich wie ein Wilder und forderte die sofortige Abgabe des Pachtlandes. Auf die Erwiderung der Frau, daß doch der Pachtvertrag noch nicht abgelaufen sei, und daß der Acker im Dünger stehe, versuchte der Baron, die Frau vom Wege zu stoßen. Er trat ihr aber gleichzeitig auf die Füße, so daß sie nicht weichen konnte. Die Füße der Frau bluteten daraufhin so sehr, daß die Frau ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Ein gerichtliches Verfahren soll eingeleitet sein. Was dabei herauskommen wird, ist ja bekannt.

Die gnädigen Herren Barone, die die Elite der Gesellschaft darstellen, sind in der Tat drauf und dran, mittelalterliche Fronvogtsmanieren anzunehmen. Die Landarbeiter tun gut, ihnen diese Gelüste beizeiten auszutreiben.

Neue Bücher.

Thesen und Resolution des 3. Weltkongresses sind soeben als Band 20 der Bibliothek der Kommunistischen Internationale im Verlage der KI. (Auslieferungsstelle für Deutschland: Karl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg) erschienen. Das Werk umfaßt bei übersichtlicher Gruppierung des Stoffes 200 Seiten. Die einzelnen Beschlüsse sind genau datiert, ein Inhaltsverzeichnis erleichtert das Nachschlagen. Der am Schluß des Kongresses erlassene Aufruf an die Proletarier aller Länder beschließt das Buch, das erst einen Begriff von der arbeitsreichen Tagung vermittelt. Die Schrift ist ein unentbehrliches Stück Information und Handwerkszeug für jeden Arbeiter. Der minimale Preis von 2,50 Mk. ermöglicht jedem die Anschaffung. Die Werke können durch die Kommunistische Bücherei, Breslau V, Gräbschnerstraße 45, oder direkt vom Verlage bezogen werden.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48. Tel. Lützow 1956 und 1957.

Lebensmittel-Großhandlung
MaxSchönfelder
Breslau, Albrechtstraße 56.

Das Bestreben, sich im gegebenen Augenblick noch so vorteilhaft wie nur irgend möglich mit Lebensmitteln zu bevorraten, kann ich insofern weiterunterstützen, als es mir noch im rechten Zeitpunkt gelungen ist,

einen großen Posten
amerikan. Heereskonserven

von geradezu hervorragender Qualität in Dosen von zirka 1½ Pfund deutsches Gewicht sehr preiswert zu erwerben.
Die Dose enthält sehr reichlich frisches, kräftiges Rindfleisch mit weißen Bohnen, Gemüse und etwas Kartoffeln und ergibt der Inhalt ein erstaunlich köstliches Gericht.

Ich offeriere diese
Ia amerikanische Heereskost (von unbegrenzter Haltbarkeit)

1 Dose	5 Dosen	10 Dosen	30 Dosen
7.50	7.40	7.30	7.20 Mk. per Dose.

Ferner empfing ich heute:
1 Waggon Ia Bandnudeln
aus nur allerbestem Weizen hergestellt, die ich auf Grund der vor etwa 6 Wochen als billig anzusprechenden Getreide- und Mehlpreise abgeschlossen hatte, weshalb es mir auch heute möglich ist, diese Bandnudeln entgegen der heutigen Preisgestaltung zu ermäßigen, und offeriere solange Vorrat:

Hausmachernudeln, schmal und mittelbreit,

bei 1 Pfund	5 Pfund	10 Pfund
7.50	7.40	7.30 Mk.

in Originalsäcken von 40 Pfund per Pfund 7.10 Mk.
Bei dieser Gelegenheit erinnere ich nochmals an die jüngst offerierten
kalifornischen Pflaumen
die inzwischen im Preise um etwa 30 Prozent gestiegen sind. Ich belasse solange der Vorrat reicht die alten Preise und offeriere:

Zuckersüße Pflaumen, tiefschwarz,

1 Pfd.	5 Pfd.	10 Pfd.	50 Pfd.
8.—	7.90	7.80	7.50 p. Pfd.

Backobst, unverändert ... per Pfund Mk. 8.—
Rosinen .... „ „ „ 18.—
Korinthen .... „ „ „ 13.—
Von Likören biete ich als ganz besonders billig an:
Prima Kümmel-Likör in 3/4 Ltr.-Flaschen

bei 1 Fl.	3 Fl.	5 Fl.	10 Fl.
Mk. 35.—	34.50	34.—	33.— p. Fl.

Ronsdorfer-Bitter-Likör in 3/4 Ltr.-Flaschen

bei 1 Fl.	3 Fl.	5 Fl.	10 Fl.
Mk. 33.—	32.50	32.—	31.— p. Fl.

Schließlich offeriere ich solange Vorrat:
Prima Ia Seife ... der Riegel von 250 Gramm Mk. 4.20
[illegible]
[illegible] „Hochfein" p. Stck. Mk. 3.—
Ia [illegible] ... 3.50 u. 4.—
[illegible] bei Bahn noch bei Postversand Verpackung berechnet.
Verkauf und Versand nur Albrechtstraße 56.
[illegible]

Pelz-
Colliers, Muffen, Hüte und Besätze
Sport-Pelze für Herren
Herren-Pelz-Kragen
Herren-Pelz-Muffen
Breslauer Pelz- und Hut-Bazar
Neue Graupenstraße 8
und
Friedr.-Wilhelm-Str. 12
(Wachtplatz)

Private u. Händler
kaufen äußerst preiswert und anerkannt gut
Erusso - Waschpulver
Paket 1.75
Schmierseife
Pfund 3.50
Kernseife äußerst preisw.
sowie
sämtl. Hapsartikel
Salz Pfd. M. 0.35
Soda Pfd. M. 0.95
Lichte, Lederfett
Schuhcreme
Georg Zollner
Mariannenstr. 14

CIRCUS BUSCH
Herbst-Spielzeit.
Nur kurze Zeit!
Tgl. 7½, Sonnt. 3 Uhr
Nur bis 15. Nov.
spielt die lustige
Manege-Schau
Über'n großen Teich.
Vorverkauf: Barasch u. Cirkuskasse.

Wiederverkäufer
kaufen billig u. gut
Socken, Hemden, Unterhosen, Trikotagen, Garne, Zwirne, Kurzwaren, gute Wolle, Reichsbekleidung usw. bei
E. Lehnart, Breslau,
Poststraße 7.
Mustersendung per Nachn. v. 100 M. an.
Preisliste gratis.

Militär-
Mäntel, Blusen, Röcke, Hosen, Schuhe, Stiefel
kauft Hadamek
Brandenburgerstraße 9[illegible]

Liebich-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
Das große
November-Programm.

Valtinius Rhenfong-Essenz
[illegible]

Zeltgarten
Täglich 7½ Uhr:
Das glänzende
Varieté-Programm

Schauspielhaus.
[illegible]